



Die Welt von morgen

ab Seite 3

Mittelmeerraum

Der Mittelmeerraum bietet große Erdgas- und Erdölvorkommen. Die Frage, wer diese Felder erschließen und vermarkten darf, führt zu Grenzstreitigkeiten. **Seite 12**

Rassismus

Haben die Europäerinnen und Europäer den Rassismus nach Afrika gebracht? Oder gab es dort auch schon in vorkolonialer Zeit Formen des Rassismus? **Seite 20**

Gespräch

Mehr als 30 Jahre war Heinrich Oberreuter Universitätsprofessor, 18 Jahre leitete er die Akademie – ein Gespräch über das Leben. **Seite 25**

Inhalt

SCHWERPUNKT

- 3** Übersehene Grundrechte in der digitalen Welt?
- 5** Mit neuem Recht gegen die Macht des Stärkeren?
- 8** Planetare Gesundheit und Sicherheitspolitik
- 10** Konflikt und Kooperation um Wasser

INTERNATIONALE POLITIK

- 12** Der Mittelmeerraum im Fokus: Konflikte um Ressourcen und Einfluss
- 22** Das demokratische Asien: Taiwan

DEMOKRATIE

- 15** „EuropaPolitik erleben!“

GESELLSCHAFT

- 18** Natur – Land – Wirtschaft

WISSENSCHAFT

- 20** Rassismus in Europa und Afrika

AKADEMIE INTERN

- 25** Gespräch über das Leben
- 29** Servus Christine Friedrich
- 30** Namen – Nachrichten
- 31** Die erste „Europa-Tagung“ der Akademie – inmitten der (zweiten) Berlin-Krise
- 33** Impressum
- 34** Publikationen
- 36** Namen – Nachrichten

Blick über den See



Für wirklichen Optimismus ist es noch zu früh, aber eine Stimmungsaufhellung ist erkennbar: Waren die letzten Jahre noch von eher düsteren Einschätzungen über die Leistungsfähigkeit pluralistischer Demokratien angesichts existentieller Krisen geprägt, scheint auch eine breite Öffentlichkeit inzwischen anzuerkennen, dass freiheitliche Demokratien eben doch mehr sind als

Schönwetterdemokratien. Es stimmt schon: In offenen Gesellschaften sind politische Entscheidungsprozesse konfliktträchtiger und nehmen mehr Zeit in Anspruch als in einer autoritär geschlossenen Gesellschaft. Das schnelle Umsetzen funktioniert dort aber nur, weil die Entscheidungen der Machthaber im Zweifelsfall mit Gewalt und gegen die schutzwürdigen Interessen auch einer großen Zahl von Menschen durchgesetzt werden. Auch sonst steht auf der Haben-Seite der illiberalen und autokratischen Staaten nur wenig – das zeigt sowohl das Coronamanagement der Volksrepublik China als auch deren Versagen beim Umwelt- und Klimaschutz. Auch mit Blick auf die Ergebnisse ihres Handelns schneiden illiberale Systeme und Autokratien schon deshalb schlecht ab, weil sie das zugrundeliegende Problem nicht in den Griff bekommen können: Wo keine freie Presse ist, wo die Rechtsstaatlichkeit eingeschränkt ist, dort gibt es etwas im Überfluss: Korruption und damit staatliche Willkür.

Nicht erst seit den entsprechenden Vorwürfen gegen eine Vizepräsidentin und weitere Abgeordnete des Europäischen Parlaments wissen wir natürlich, dass auch Demokratien keine korruptionsfreien Zonen sind. Der große Unterschied zu den korrupten Autokratien dieser Welt besteht aber darin, dass in einem pluralistischen System die meisten Skandale aufgedeckt werden – von unabhängigen Behörden, einer funktionierenden Justiz sowie von seriös arbeitenden und hartnäckig recherchierenden Medien. Freiheitliche Demokratien zeichnet aber noch mehr aus: nicht zuletzt ihre Bereitschaft, Fehler zu korrigieren und aus diesen zu lernen. Die Regelungen auf Bundes- und Landesebene über sog. Lobbyregister fallen ebenso in die Kategorie der gelernten Lektionen wie neue Offenlegungspflichten für Abgeordnete. Auch wenn die eine oder andere Lücke noch zu schließen ist, bestätigen auch diese Veränderungen, dass wir weiterhin guten Grund haben, aus großer Überzeugung und mit Freude für unsere politische Ordnung einzutreten. Danke, dass Sie Ihren Beitrag dazu leisten.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung

Übersehene Grundrechte in der digitalen Welt?

Katarina Barley über die Rechtspolitik der EU zur Digitalisierung

Wie sieht ein europäisches Leitbild für unsere digitale Zukunft aus? Katarina Barley, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, erörterte die Grundgedanken der EU-Rechtspolitik.*

„Wir müssen dieses Jahrzehnt zum digitalen Jahrzehnt Europas machen.“ So hatte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen 2020 die europäische „digitale Dekade“ ausgerufen. Worum geht es dabei genau? Die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Katarina Barley (SPD), benannte vier Ziele, die für die „digitale Dekade“ der EU entscheidend sein sollen. Dazu gehört die Schaffung von Kompetenzen in Form von 20 Millionen IT-Experten sowie die Steigerung der digitalen Grundkompetenz. Das zweite Ziel besteht in einer sicheren und nachhaltigen Infrastruktur, zum Beispiel ein flächendeckendes 5G-Netz sowie Investitionen in Rechenzentren und Quantencomputer.

„Große Würfe“

Das dritte Ziel ist, die europäische Wirtschaft beim digitalen Wandel zu unterstützen. Das vierte besteht in der Digitalisierung des öffentlichen Dienstes, wie sie erörterte.

Barley räumte ein, dass es nicht leicht ist, diese Ziele zu erreichen. Die EU ist darauf angewiesen, dass alle Mitgliedstaaten mitziehen – die teilweise jedoch andere Grundpositionen haben. Barley ist aber zuversichtlich, dass „wir wirklich große Würfe hinbekommen“. Allein die neuen Rechtssetzungen „Digital Services Act“ und „Digital Markets Act“ (siehe Schaubild S. 7) seien große Errungenschaften.

Sorge wegen Cyberangriffen

In anderen Ländern sei die Digitalisierung oftmals deutlich stärker ausgeprägt als in Deutschland. In den Niederlanden wird zum Beispiel kaum noch bar bezahlt und in den USA gibt es kaum noch tagesaktuelle Printpresse, stattdessen Digitalformate, sagte Barley. Seit Corona und dem Beginn des Ukrainekriegs sehen wir noch stärker, wie abhängig wir von digitalen



Katarina Barley über die vier Ziele der „digitalen Dekade“
© Winterer (APB)

Infrastrukturen sind. In der Bevölkerung bestehe die große Sorge, dass Infrastrukturen durch Cyberangriffe lahmgelegt werden könnten. Corona und der Krieg hätten die Gefahren der Desinformation noch deutlicher gemacht. Gleichzeitig ginge es aber auch um die Chancen der Digitalisierung.

Für Barley sind Werte das Entscheidende. „Wie wir gemeinsam Politik machen und gemeinsam arbeiten, kann nur auf der Grundlage von Werten geschehen“, sagte sie. Und das sieht sie bei der Digitalisierung noch stärker als in anderen Bereichen.

Anders als USA, China und Russland

Man merke dies an der besonderen Art und Weise, wie wir in Europa mit Digitalisierung und Daten umgehen. In den USA würde in Digitalisierung und Da-

* Die zugrundeliegende Tagung war eine Kooperation mit der Initiative D21 e.V., der Gesellschaft für Informatik e.V. und dem Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Europarecht und Informationsrecht der Universität Passau.

ten sehr stark das Marktpotenzial gesehen. In China würden Digitalisierung und Daten dazu benutzt, die eigene Bevölkerung zu kontrollieren. In Russland spielen Manipulationen eine Rolle, hob sie hervor. Barley betonte den typischen Ansatz der EU. Hier gäbe es beim Umgang mit Daten den Grundsatz: „In erster Linie gehören Deine Daten Dir. Du hast zu entscheiden, was damit geschieht“. Das würde die EU robust durchfechten.

Das Zentrale sei, die Grundrechte auch in der digitalen Welt durchzusetzen. Man müsse sehen, dass gemäß der Erhebung des Eurobarometers 40 Prozent der EU-Bürgerinnen und Bürgern nicht bewusst ist, dass ganz grundlegende Rechte wie Meinungsfreiheit, Privatsphäre und Nichtdiskriminierung auch online existieren und online geachtet werden müssen.

Hate Speech und Desinformation

Die Frage sei auch: Was macht die Digitalisierung mit unseren Demokratien, wenn wir über Werte reden? Die Digitalisierung bringt die Möglichkeit, sich

online zu informieren und darüber hinaus an der öffentlichen Meinungsbildung teilzuhaben. Insofern sei es auch konsequent, dass die EU anstrebt, Zugang für alle Menschen zum Internet zu schaffen. Partizipation bedeutet auch eine Vielfalt von Inhalten, also eine möglichst pluralistische Debatte, hob Barley hervor. Mit dem Digital Services Act solle erreicht werden, dass man mitbestimmen kann, welche Inhalte angezeigt werden.

Weiterer Regelungsbedarf

Die EU arbeite zudem daran, europaweit Hate Speech strafbar zu machen. Dies würde von Ungarn und Polen blockiert. Das Ziel solle man aber trotzdem nicht aus den Augen verlieren. Andererseits bestehe die Gefahr von Desinformation und Hetze. Natürlich sei bei Hate Speech und auch Desinformation die Abgrenzung schwierig: Was ist noch im Rahmen der Meinungsfreiheit, was geht darüber hinaus? Der Regelungsbedarf ist aus Barleys Sicht in jedem Fall da.



Gero Kellermann



Die Europäische Union fit zu machen für das digitale Zeitalter ist ein enormer Kraftakt, aber unerlässlich.

© iStock/mixmagic



Ein Bild-Ausschnitt der Erde bei Nacht, erstellt und zusammengeführt aus Daten 2012 erstellter Satellitenbilder.

© iStock/Nastoo

Mit neuem Recht gegen die Macht des Stärkeren? Die EU auf der digitalen Weltbühne

Aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtete eine Tagung* die Digitalisierung in Europa – und nicht nur dort.

„Die digitale Transformation ist die Grundvoraussetzung jedes anderen Transformationsprozesses“, sagte die Juristin Anne Paschke von der TU Braunschweig. Und die Voraussetzung für die digitale Transformation sei die digitale Souveränität. Dafür sieht Paschke klare Regulierungen und die Sicherstellung der Rechtsdurchsetzung als Erfordernis an. Unter anderem mit dem Digital Services Act (DSA) und den Digital Markets Acts (DMA) zeigte Paschke aktuelle Gesetzgebungen der EU auf, die diesem Ziel dienen (siehe Übersicht S. 7).

Sie erinnerte daran, dass Vertrauen in den Rechtsstaat nur aufkommt, wenn das Recht auch durchgesetzt wird. Ansonsten drohe die „Macht des Stärkeren“, hier durch die Digitalkonzerne.

Zur digitalen Souveränität gehören auch der Zugang zu Schlüsseltechnologien, funktionierende Märkte, die digitale Kompetenz des Einzelnen und der Gesellschaft sowie die Vermeidung von alternativlosen Abhängigkeiten, wie Paschke ausführte.

Benjamin Adjei, der Sprecher für Digitalisierung der Grünen im Bayerischen Landtag, befasste sich mit der besonderen Rolle Europas in der Welt. Zwischen den Polen China und USA könne Europa den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Die Souveränität des Menschen zeige sich beispielsweise bei der Frage, wie mit Informationen umgegangen wird, etwa wie ich meine Daten schützen kann und was mit mir im Metaverse (einer global vernetzten virtuellen Realität) passiert.

Gatekeeper in der Pflicht

„Freiheit und Demokratie sind unter Druck“, sagte die ehemalige Bundesjustizministerin Sabine Leutheuser-Schnarrenberger. Kriegspropaganda und Desinformation wirken tief in die Gesellschaft hinein. Gera-

* Die Tagung war eine Kooperation mit der Gesellschaft für Informatik e.V., der Initiative D21 e.V. und dem Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Europarecht und Informationsrecht der Universität Passau.

de im Netz bestehe die Gefahr von Hass und Hetze. Die EU spiele eine wichtige Rolle bei der Entwicklung von Schutzmechanismen. Leutheusser-Schnarrenberger ist zwar nicht mit allen Regelungen des DSA und DMA einverstanden, bricht für das neue EU-Recht jedoch eine Lanze. Denn die Gatekeeper würden dadurch in die Pflicht genommen.

Hans Michael Strepp, Amtschef im Bayerischen Staatsministerium für Digitales, richtete den Blick nicht nur auf die europäische Rechtssetzung, sondern auch auf die Länderebene.

So war kurz vor der Tagung das „Gesetz über die Digitalisierung im Freistaat Bayern“ (2022) in Kraft getreten. Strepp ging auch auf den Einfluss der Länder im Europäischen Ausschuss der Regionen und Gespräche von Landespolitikerinnen und -politikern mit Europapolitikerinnen und -politikern ein. Er unterstrich die Wichtigkeit, die Digitalisierung regelbasiert zu gestalten – auch wenn Regeln allein mit Blick auf andere Faktoren wie wirtschaftliche Stärke und technologische Überlegenheit nicht genügen. Einen Einblick in die aktuellen Entwicklungen der Computertechnologie in der EU und weltweit gewährte der Informatiker Martin Schulz, Inhaber des Lehrstuhls für Rechnerarchitektur und Parallele Systeme an der TU München.

Eigenständiges digitales Ökosystem in Europa

„Hochleistungscomputer stellen heutzutage das Rückgrat der modernen Wissenschaft dar“, sagte Schulz. Geprägt sind die Entwicklungen durch die Verarbeitung großer Mengen an Daten, zum Beispiel aus dem Weltraum, durch das maschinelle Lernen und den Einsatz Künstlicher Intelligenz. Die nächste Stufe der Entwicklung sieht Schulz im Quantencomputing. Ziel bei der Hochleistungstechnik sei es auch, in Europa ein eigenständiges digitales Ökosystem zu schaffen.

Die Tagung warf außerdem einen vergleichenden Blick auf China. Akademiedozentin Saskia Hieber berichtete, dass die Staats- und Parteiführung in Peking mit Kampagnen wie beispielsweise „Made in China 2025“ und „China 2035“ die industrielle Modernisierung und technische Weiterentwicklung massiv unterstützt.

Digitalisierung in China

In den kommenden Jahrzehnten solle die Volksrepublik eine führende Position in allen Hochtechnologie-sektoren innehaben. „Schließlich gilt es, den von Präsident Xi Jinping geprägten neuen Chinesischen Traum einer starken Nation bis zum 100. Jahrestag der Gründung des Volksrepublik China zu erfüllen“, sagte Hieber.

Xi Jinping nutzte seine Machtposition, um alle Bereiche von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft mit fast beispiellosen Regulierungskampagnen zu überziehen. Im Zuge der Covid-Restriktionen vereinfachten die Technologiebegeisterung der chinesischen Bevölkerung und die verbreitete Nutzung von Smartphones für viele Lebensbereiche die digitale Überwachung (die in China allerdings auch ganz altmodisch analog durch die Nachbarschaftskomitees und die Straßenwachen funktioniert).

Aktuelle Technikrends

Miriam Theobald ist Mitgründerin und -geschäftsführerin der Beratungsplattform DONGXii.com – Pioniering Digital China. In diesem Rahmen gibt sie Einblicke in die Praxis der Digitalisierung und die aktuellen Technikrends in China.



Miriam Theobald über das Digitalisierungstempo in China
© Steininger (APB)

Die politische Entscheidung in China, auf Digitalisierung zu setzen, habe zu einem enormen Einsatz von Digitaltechnik geführt. Theobald machte dies an vielen Beispielen plastisch: von der digital unterstützten Mülltrennung, der digitalen Logistik, über Industrieanwendungen bis zur Digitalisierung der schnell wachsenden Städte.

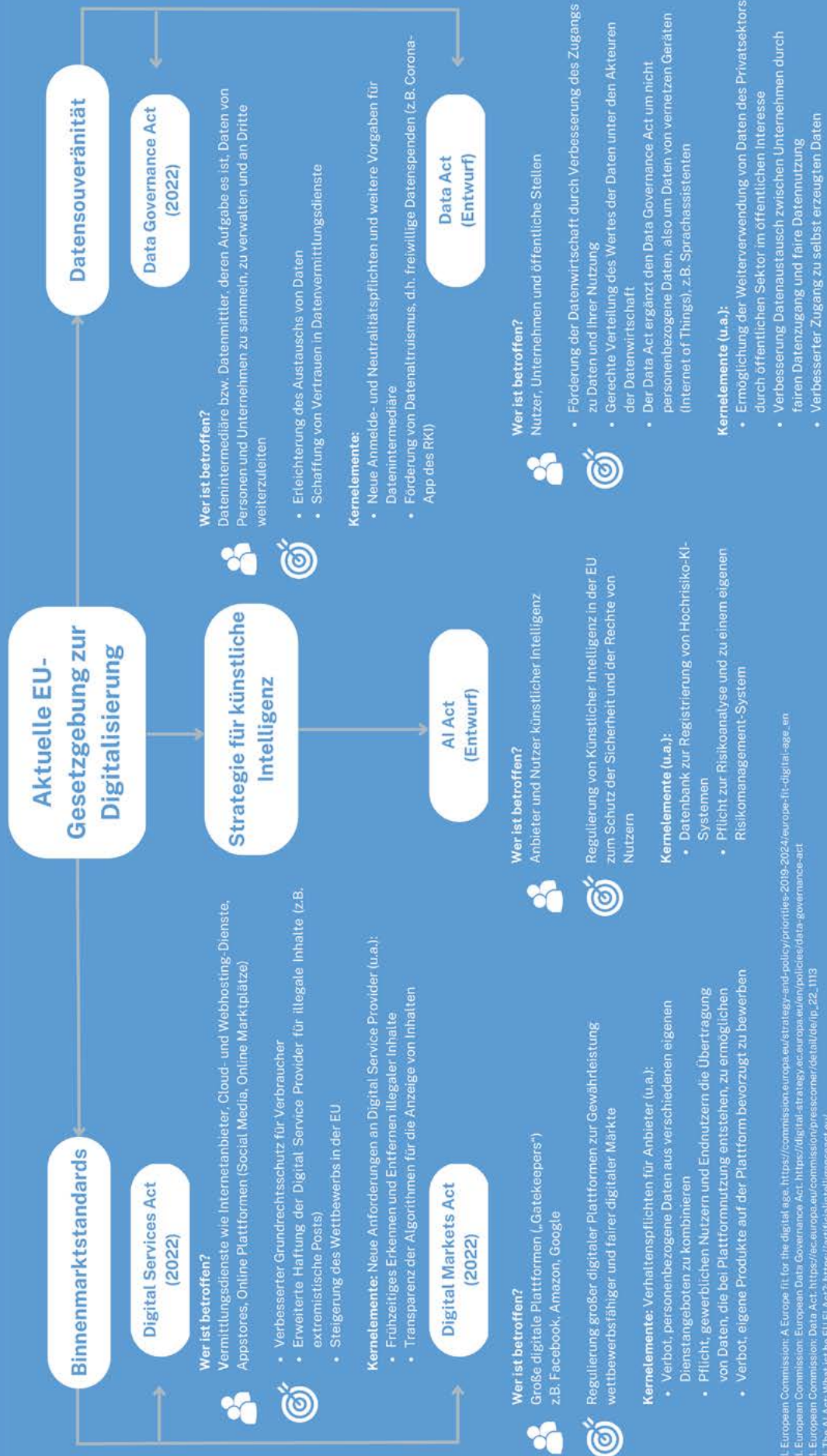
China sei auch bestrebt, seine Digitalökonomie international auszuweiten. Das chinesische Videoportal TikTok etwa wird insbesondere von jungen Menschen genutzt. So sind die Daten zukünftiger Konsumenten und Konsumentinnen bereits gespeichert.

Konkurrenz digitaler Ökosysteme

Es zeigt sich eine weltweite Konkurrenz digitaler Ökosysteme, wie Theobald herausarbeitete: Tesla, Meta und Google sind Beispiele für die amerikanisch geprägte Digitalisierung, NIO (E-Autohersteller), Alibaba (B2B-Handelsplattform) und Baidu (Suchmaschine) für die chinesische Digitalisphäre.

Gero Kellermann

Die Gesetzgebung der EU zur digitalen Strategie



Vgl. European Commission: A Europe fit for the digital age. https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/europe-fit-digital-age_en
 Vgl. European Commission: European Data Governance Act. <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/data-governance-act>
 Vgl. European Commission: Data Act. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1113
 Vgl.: The AI Act? <https://artificialintelligenceact.eu/>

Planetare Gesundheit und Sicherheitspolitik

Der Earth Overshoot Day, im Jahr 2022 der 28. Juli, markiert jenen Tag, an dem die Menschheit alle biologischen Ressourcen verbraucht hat, die die Erde im Laufe eines Jahres eigenständig regenerieren kann. Die Akademie beleuchtete als erste Institution in Deutschland den Zusammenhang zwischen Planetarer Gesundheit und Sicherheitspolitik.



Das Forschungsfeld Planetary Health untersucht die Abhängigkeiten und Wechselwirkungen von menschlicher Zivilisation und der sie umgebenden Umwelt.

© iStock/alexis84

Unsere raumgreifende Lebensweise hat nicht nur einen negativen Einfluss auf unsere Ökosysteme, sondern auch auf die Gesundheit des Menschen selbst. Das Konzept der Planetaren Gesundheit (Planetary Health) beleuchtet diese Zusammenhänge zwischen menschlicher Gesundheit und den natürlichen sowie den politischen, ökonomischen und sozialen Systemen der Erde. Planetary Health verfolgt damit einen multidisziplinären Ansatz, ist mit dem ebenso neuen Konzept der „GeoHealth“ verwandt und wurde in seiner Entwicklung maßgeblich durch die zunehmende Globalisierung des 21. Jahrhunderts geprägt.

Der Begriff wurde erstmals 2015 in einem, in der führenden medizinischen Fachzeitschrift „The Lancet“ veröffentlichten, Artikel definiert, der für ein neues Paradigma in Bezug auf das Verständnis von globa-

ler Gesundheit plädierte. Dieser „Rockefeller Foundation-Lancet Planetary Health Commission Report“ forderte einen multidisziplinären Ansatz für die globale Gesundheit, der die Auswirkungen des Klimawandels, den Verlust der biologischen Vielfalt und andere Umweltfaktoren auf die menschliche Gesundheit gleichermaßen berücksichtigt. Ihm folgten die Gründung der Planetary Health Alliance und die erste Herausgabe der neuen Fachzeitschrift „The Lancet Planetary Health“. Seitdem wurde das Konzept der Planetaren Gesundheit von der wissenschaftlichen Gemeinschaft anerkannt und zunehmend als kritisches Studien- und Policyfeld etabliert.

Der spezifische Nexus zwischen Planetarer Gesundheits- und internationaler Sicherheitspolitik bezieht sich auf die Schnittstelle zwischen globalen Gesundheitsfragen und (inter)nationalen Sicherheitsbelangen. Dies

kann die Auswirkungen von Infektionskrankheiten auf die nationale Sicherheit, die Rolle der Gesundheitsversorgung bei der Minderung von Konflikten und regionaler Instabilität sowie die Nutzung von Gesundheitsinterventionen als Instrument für Diplomatie und Friedenskonsolidierung umfassen. Hierbei wird der spezifische Zusammenhang zwischen menschlicher Gesundheit und Sicherheit sowie der Gesundheit des Planeten hervorgehoben und betont, dass diese Bereiche unmittelbar miteinander verbunden sind. Die Betrachtung globaler Gesundheitsprobleme wirkt sich diesem Verständnis nach nicht nur auf die Gesundheit des Einzelnen aus, sondern auch auf die Sicherheit und Stabilität von Nationen und der internationalen Gemeinschaft.

Dekarbonisierung

Sicherheits- und Verteidigungsorganisationen wie die NATO haben den Klimawandel seit Langem als Bedrohungsmultiplikator für zunehmende Risiken sowohl in fragilen als auch in stabilen Regionen erkannt. Bei der Bewältigung der Problemstellungen in diesem Feld kann der Verteidigungssektor eine führende globale Rolle einnehmen, indem er im Vergleich zu anderen öffentlichen Sektoren in etwa ein dreifach verbessertes Ergebnis aus Kostensenkung, Verbesserung der Einsatzbereitschaft und Verringerung des Klimarisikos schaffen könnte.

Die russische Invasion in der Ukraine hat einen Tsunami globaler Auswirkungen ausgelöst, darunter eine globale Lebensmittel-, Treibstoff-, Düngemittel- und Finanzkrise. In diesem Zusammenhang setzt sich die Planetary Security Initiative als Teil des International Military Council on Climate Change (IMCCS) dafür ein, dass die NATO eine größere Führungsrolle bei der Einführung gemeinsamer Methoden zur Verfolgung von Emissionen übernimmt sowie proaktive Maßnahmen etwa bei der Integration von Technologien zur Energieeffizienzsteigerung, insbesondere Hardware und Logistik, sowie der Einführung von erneuerbaren Energien setzt.

Als große Energieverbraucher müssen Streitkräfte Klimaschutzmaßnahmen priorisieren und ihren Energieverbrauch dekarbonisieren. So zeigt der „World Climate Security Report on Decarbonizing Defense“ auf, wie der Verteidigungssektor beispielsweise mit einem gemeinsamen Ansatz zur Kartierung von Kohlenstoffemissionen oder technologischen Innovationen Neuland betreten kann. Dies ist vor dem Hintergrund bedeutsam, dass gegenwärtig international keine allgemein anerkannte Methode zur Messung und Meldung von Emissionen aus militärischen Aktivitäten existiert.


Im Zuge der Covid-19-Pandemie hat die NATO zudem ein öffentliches Gesundheitsprogramm eingerichtet, um Mitgliedsstaaten bei der Reaktion auf Gesundheitsnotfälle zu unterstützen und ihre öffentlichen Gesundheitssysteme zu stärken. Dazu gehört die Unterstützung bei

der Überwachung und Erkennung von Infektionskrankheiten sowie die Schulung und der Aufbau von Kapazitäten für Gesundheitspersonal. Darüber hinaus hat die NATO auch eine Rolle bei der Unterstützung globaler Gesundheitsinitiativen gespielt, beispielsweise durch die Bereitstellung logistischer Unterstützung für Impfkampagnen und die Lieferung medizinischer Hilfsgüter.

Globale Gesundheit im Rahmen der EU-Außenbeziehungen

Auch die Europäische Union lancierte eine Reihe von Initiativen und Programmen, die sich auf die Bewältigung planetarer Gesundheitsprobleme konzentrieren. Dafür hat sie im Rahmen des „One Health-Ansatzes“ globale Gesundheitsbelange in ihre Außenpolitiken fest integriert und sie zu einer Schlüsselpriorität in den Beziehungen zu anderen Ländern gemacht. Durch die Bewältigung planetarer Gesundheitsprobleme will die EU die Gesundheit und das Wohlbefinden ihrer eigenen Bürgerinnen und Bürger verbessern und zu globaler Gesundheit und Sicherheit beitragen.

In erster Linie stellt die EU umfassende Finanzmittel und technische Hilfe zur Unterstützung der Gesundheitssysteme in Entwicklungsländern bereit; seit der Covid-19-Pandemie auch für die Mitgliedstaaten der EU selbst. In erster Linie konzentrieren sich die Maßnahmen hier auf den Aufbau von Kapazitäten und die Stärkung der Gesundheitssysteme sowie auf die Verbesserung des Zugangs zu grundlegenden Gesundheitsdiensten wie Impfungen oder die Gesundheitsversorgung von Mutter und Kind – ein Kernelement feministischer Außenpolitik.

Dennoch existieren weiterhin eine Reihe von Problemfeldern im Zusammenhang mit der Bewältigung der planetaren Gesundheit und Sicherheit. Eine große Herausforderung ist der Mangel an Koordination und Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren, einschließlich Regierungen, internationalen Organisationen und Gruppen innerhalb der Zivilgesellschaft. Der Ausgleich konkurrierender Prioritäten und Interessen, darunter nationale Sicherheitsinteressen oder wirtschaftliche Zielsetzungen, wird so erschwert. Darüber hinaus existiert kein international umfassendes System der Datenerhebung und -analyse, um das volle Ausmaß der Herausforderungen zu verstehen und angemessene Antworten zu entwickeln. Diese Umstände verringern den Handlungsspielraum, globale Gesundheitsprobleme wirksam anzugehen sowie effiziente Richtlinien und Strategien zu entwickeln und nachhaltig zu lancieren. 

Anja Opitz

Weiteres zum Thema

Planetary Health: So hängen Umwelt und Gesundheit zusammen:
bit.ly/planetary-health-apb



Konflikt und Kooperation um Wasser

Wie müssen wir in Zukunft mit der kostbaren Ressource umgehen?

Die Ressource Wasser ist bereits jetzt ein vielschichtiges Thema. Debatten um Verbrauch und Versorgungssicherheit werden sich im Hinblick auf den Klimawandel in Zukunft noch verstärken. Deutschland erlebte in den vergangenen Jahren trockene Sommer, die Land- und Forstwirtschaft nachhaltig beeinflussen. Auch Nutzungskonflikte um Gewässer werden immer lauter und ein Flussgebietsmanagement immer wichtiger. Wie sich Kooperationen um die Ressource gestalten und wie eine nachhaltige Wasserversorgung aussehen kann, haben Expertinnen und Experten in der Tagung „Wasser“ der Akademie für Politische Bildung und der Petra-Kelly-Stiftung diskutiert.

In Deutschland wird über den Ver- und Gebrauch von Wasser kaum nachgedacht. Der Griff zum Wasserhahn und die ständige Verfügbarkeit der Ressource in Trinkwasserqualität sind Selbstverständlichkeiten. Dass dieses Privileg des Globalen Nordens nicht weltweit die Norm ist, zeigen viele Debatten um Verteilungskonflikte, die Bedrohung durch den Klimawandel sowie Versorgungssicherheit. In der Tagung „Wasser“ der Akademie für Politische Bildung und der Petra-Kelly-Stiftung diskutierten zahlreiche Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Politik über diese spannenden Themen. In den „Sustainable Development Goals“ der Vereinten Nationen (SDGs) ist die Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser für alle festgesetzt. In der Realität ist dieses Ziel allerdings bei Weitem noch nicht erreicht: 785 Millionen Menschen haben keine Trinkwasser-Grundversorgung und über zwei Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu Toiletten und Latrinen. Diskussionen um die Notwendigkeit eines Menschenrechts auf Wasser ergeben sich in diesem Kontext. Während ein Menschenrecht auf Wasser Gefährdungen des Wasserzugangs durch Kommerzialisierung verhindern kann, sprechen auch verschiedene Gründe gegen dieses Recht, so Bernd Ladwig, Professor an der Freien Universität Berlin. Es setzt Ressourcen voraus, die nicht jeder Staat hat und verlangt starke Institutionen für die Umsetzung.

Gewässerverschmutzung und Versorgungssicherheit

Neuigkeiten über Gewässerverschmutzung erscheinen immer zahlreicher in den Medien, wie zuletzt das große Fischsterben in der Oder. Mittlerweile resultieren

die Verunreinigungen „nicht mehr aus punktuellen Einleitungen der Industrie, sondern aus dem Konsum von Industrieprodukten“, erklärt Nikolaus Geiler des AK Wasser im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz. Darüber hinaus werden Erfolge bei der Regulierung der Einleitung von Abwärme aus der Industrie oft durch die Folgen des Klimawandels überkompensiert. Dabei ist nicht die Erwärmung an sich, sondern die durch sie verursachte geringe Niederschlagsmenge im Sommer das Problem. Flüsse und Bäche trocknen aus, der Laich von Amphibien verendet und Lachse finden keine Jungfischhabitats mehr.

In Deutschland sind insbesondere seit Beginn der 2000er vermehrt niedrige Grundwasserstände zu beobachten. Moderate bis schwere Dürren gab es im vergangenen Jahr fast in ganz Deutschland, außergewöhnliche Dürren insbesondere im Nordosten Deutschlands. Im Sommer bedeutet das eine verstärkte Belastung für die Land- und Forstwirtschaft, sowie für die Trinkwasserversorgung. Im Winter werden die Reservoirs nicht genügend aufgefüllt. Dadurch, so Jörg Rechenberg des Umweltbundesamts, ergeben sich Nutzungskonflikte: Oft reicht die Wassermenge nicht aus oder die Wasserqualität ist unzureichend. Um diese Konflikte in Zukunft zu vermeiden, braucht es ein vorausschauendes und vorsorgendes Handeln, beispielsweise durch die Erschließung neuer Ressourcen, sowie eine nachhaltige und effiziente Nutzung. Auch in Bayern ist die Grundwasserneubildung in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Um die Versorgungs-

sicherheit in Zukunft zu gewährleisten, soll eine lokale und regionale Trinkwasserversorgung aufgebaut werden. Insbesondere Rückhaltegebieten in Gewässern und Auen, sowie Freiflächen, kommt dabei eine große Bedeutung zu, wie Martin Grambow des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz erläutert.

Konflikte um Wasser

Viele Bereiche, wie beispielsweise Tourismus, Bergbau, Siedlungen und Städte sowie Fischerei, sind von Wassernutzung und Gewässern abhängig. Die Gewässerverschmutzung und damit verbunden, eine Verknappung der Ressource Wasser bietet dabei großes Konfliktpotential: Die Handlungen einer Partei A können Auswirkungen auf die Wasserversorgung und Qualität von Partei B haben, das sind sogenannte externe Effekte. Auch die Position eines Landes an einem Fluss, Ober- oder Unterlieger, verändern die Verschmutzung und Versorgungsqualität eines Gewässers. Weltweit werden mehr als 270 Flussgebiete von zwei oder mehr Parteien geteilt. Ein vorausschauendes Flussgebietsmanagement, in dem Kooperation umso wichtiger wird, je intensiver die Nutzung ist, ist daher erforderlich.

Dieses Vorgehen gestaltet sich jedoch oft aufgrund der Unvereinbarkeit von institutionellen Vereinbarungen und biogeographischen Gegebenheiten schwierig, so Jörg Seeger von der TU Dresden. Das Verwaltungsgebiet stimmt meist nicht mit dem Flussgebiet überein und adäquate Aufbaumaßnahmen nach Flutereignissen entsprechen nicht den finanziellen Plänen einer Legislaturperiode. Häufig wird das Narrativ von „Wasserkriegen“ bedient. Tatsächlich gab es in 4500 Jahren nur einen historischen Krieg rein um die Ressource. Zumindest bisher ist Wasser nicht der Kriegsgrund, sondern viel mehr Ziel, Mittel und Opfer von Kriegen. Bemerkenswert ist dabei, dass selbst verfeindete Staaten relativ resiliente Wasserabkommen geschlossen haben, wie Ines Dombrowsky des „German Institute of Development and Sustainability“ erklärt. Diese Abkommen können dabei aus mehreren Disziplinen heraus untersucht werden: Aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive bestimmen verschiedene Faktoren die Bildung eines Wasserregimes. Dieses wird beispielsweise wahrscheinlicher, wenn der Unteranrainer an einem Fluss in einer Vormachtstellung ist und dadurch Druck auf den Oberanrainer ausüben kann. Auch ein hoher Grad regionaler In-

tegration begünstigt die Bildung solcher Regime. Aus einer ökonomischen Perspektive erfolgen die Verhandlungen dann, wenn der Nutzen aus dem Gewässer durch die Kooperation vergrößert wird und so negative externe Effekte verringert werden. Die oft komplexe Verhandlungssituation zwischen verschiedenen Ländern lässt sich gut am Beispiel des „Grand Ethiopian Renaissance Dam“ (GERD) illustrieren. An diesem Großprojekt am Nil sind Äthiopien, der Sudan und Ägypten beteiligt. Die ungleiche Verteilung von Kosten und Nutzen und das fehlende Vertrauen in den komplexen Verhandlungen verhindern einen Kompromiss seit fast zehn Jahren: Trotz möglicher Win-Win-Lösungen setzt Äthiopien auf die Maximierung seiner Vormachtstellung als Oberanrainer am blauen Nil.

Best-Practice Beispiele

Der Erhalt der Ressource Wasser verlangt ein konsequentes und zukunftsorientiertes Handeln auf vielen Ebenen. Dafür gibt es bereits viele Best-Practice Beispiele. Das Citizen Science-Projekt „Flow“ hat das Ziel, Bürgerinnen und Bürger niedrigschwellig als Forschende auszubilden, sodass diese Daten zur Gewässerqualität sammeln können. Durch das Projekt sollen sowohl das gesellschaftliche Bewusstsein für den Gewässerschutz geweckt, als auch wissenschaftliche und behördliche Daten ergänzt werden, wie Julia von Gönner erklärt. Das Projekt hat ergeben, dass durch vorbereitende Schulungen auch Bürgerforschende qualitativ hochwertige Daten erheben können. Auch das Bewusstsein für Gewässerschutz wurde bei vielen Teilnehmenden geweckt.

Binayak Das der „Water Integrity Network Association e.V.“ wies darauf hin, dass zehn der 20 größten Wasserskandale mit Korruption zu tun hatten. Im Hinblick auf die schlechte Wasser- und Sanitärversorgung in vielen Teilen der Welt, möchte das Netzwerk Integrität im Wasser-Sektor unterstützen, um so Korruption zukünftig zu verhindern.

Die Nationale Wasserstrategie in der Bundesrepublik soll bis 2050 dauerhaft sauberes Wasser für alle sicherstellen. Franz Emde vom Umweltministerium stellt dabei die beiden Kernpunkte vor: Vorsorge stärken und Integration ausbauen. Wasserthemen müssen dabei in vielen Handlungsfeldern der Politik mitgedacht werden. Das umfasst sowohl den Moorschutz und die Entwicklung einer Leitlinie für die zukünftige Wasserinfrastruktur als auch eine Reduzierung der Abhängigkeit von Lieferketten bis hin zu Schulungsprogrammen für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker. Wasser muss von nun an immer mitgedacht werden, um eine nachhaltige Zukunft zu gewährleisten.

Eva Kirchner
Giulia Mennillo

Der Mittelmeerraum im Fokus: Konflikte um Ressourcen und Einfluss

Die Zukunft der Energieproduktion und -versorgung in Europa ist nicht erst seit Beginn des Angriffskrieges auf die Ukraine in den Fokus europäischer und auch deutscher Politik gerückt. Neben der Abhängigkeit von russischen Energieimporten stellt der Klimawandel und die darauf reagierende europäische Energiepolitik neue Ansprüche an die Energieversorgung Europas.



Komplexe Offshore-Ölbohrplattform zum Abbau von maritimen Erdölvorkommen

© iStock/Cristi Savin

Vor diesem Hintergrund lohnt sich eine Betrachtung der Erdgasvorkommen und der Energieproduktion im Mittelmeerraum, welche für die europäische Energieversorgung aufgrund der aktuellen Herausforderungen an Bedeutung gewinnt. Der Mittelmeerraum und das östliche Mittelmeer im Besonderen bieten große Erdgas- und Erdölvorkommen. Die Frage, wer diese Felder erschließen und vermarkten darf, führt unter den Anrainerstaaten des Mittelmeers zu Grenzstreitigkeiten.

Obwohl bisher keine Übereinkunft über die maritimen Grenzen der Staaten erzielt werden konnte, haben die Türkei, die Republik Zypern sowie die nur von der Türkei anerkannte Türkische Republik Nordzypern bereits konfligierende Lizenzen zur Bohrung nach Erdgas in den in Frage stehenden Gebieten vergeben (s. Grafik S. 13). Neben ökonomischen Interessen stehen vor allem bündnispolitische Überlegungen im Vordergrund, wie Wolfgang Mühlberger von der Middle East and In-

Die Tagung „Interessenskonflikte und Rivalitäten am Mittelmeer – Streitigkeiten um Einfluss und Rohstoffe“ der Akademie für Politische Bildung hat die Konflikte in der Region und die Akteurskonstellationen in den Blick genommen. Neben einer Analyse der divergierenden Interessenslagen und Zielsetzungen wurden Ansätze zur Konfliktregulierung und Zukunftsprognosen debattiert.



Wolfgang Mühlberger über Ressourcenkonflikte zwischen Israel und dem Libanon *Hakan Akbulut über konkurrierende Ansprüche auf Gebiete im östlichen Mittelmeer*

Ein großer Konfliktherd ist dabei der Mittelmeerraum vor den Küsten Griechenlands, der Türkei und Zyperns. Die Türkei beansprucht im östlichen Mittelmeer einen Festlandsockel, welcher unmittelbar an das Küstenmeer der griechischen Inseln und an das der Republik Zypern heranreicht. Innerhalb des eigenen Festlandsockels, also der Verlängerung der Landmasse eines Staates im Meeresgebiet, könnte die Türkei exklusiv Rohstoffe, so auch das dort vorhandene Erdgas, abbauen. Das von der Türkei beanspruchte Gebiet befindet sich jedoch laut Griechenland und Zypern teilweise in ihren „ausschließlichen Wirtschaftszonen“. Ausschließliche Wirtschaftszonen, sog. AWZ, dürfen Staaten seit 1982 nach dem UN-Seerechtsabkommen UNCLOS um Inseln herum ausrufen. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um Inseln eines Festlandstaats, wie bei Griechenland, oder um einen eigenen Inselstaat, wie bei Zypern, handelt.

ternational Research Group in Wien erläutert. So sieht sich die Türkei in der Region in einer zunehmend isolierten Situation, während Griechenland und Zypern sich an Staaten wie Ägypten und Israel erfolgreich angenähert haben. Durch diese Entwicklung hat sich laut Hakan Akbulut von der Technischen Universität Kaiserslautern eine Art „gegen die Türkei gerichtete Allianz“ gebildet.

Ähnliche Auseinandersetzungen um Seegrenzen und damit auch um Erdgasfelder bestehen zwischen Israel und dem Libanon. Anders als Griechenland und Tür-

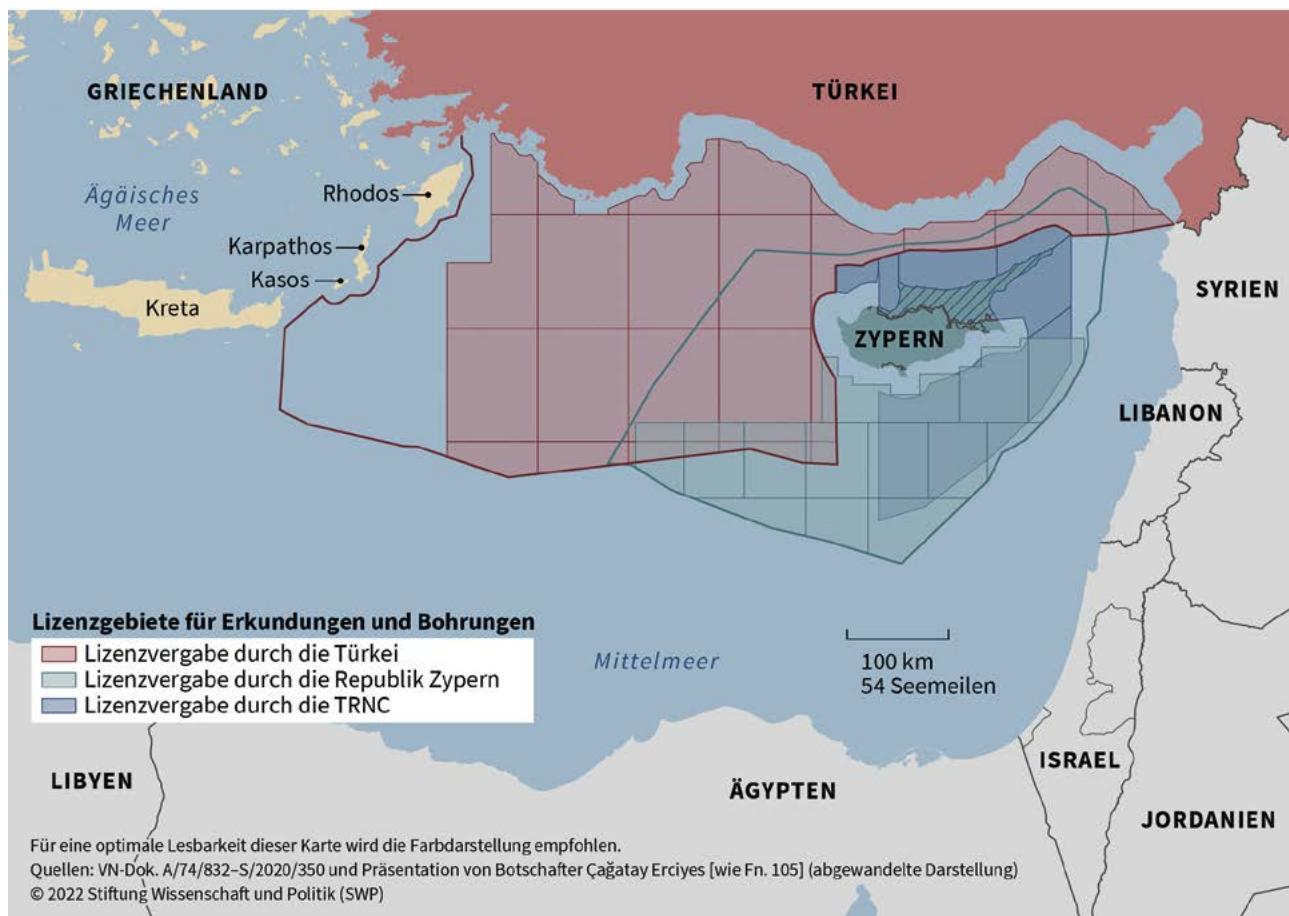
kei, welche beide Mitglieder der NATO sind, ist das israelisch-libanesisches Verhältnis äußerst angespannt. „Die Länder sind technisch in einem Kriegszustand“, betont Wolfgang Mühlberger. Trotzdem konnte unter Vermittlung der USA nach zehnjähriger Verhandlung eine Einigung über die maritime Grenzziehung und Nutzung der Erdgasfelder erreicht werden. Ob das Abkommen wie ausgehandelt implementiert wird, bleibt nach Wolfgang Mühlberger jedoch abzuwarten. Gründe für diese Einschätzung sind beispielsweise die aktuell schwierige Lage im Libanon - eine Kombination aus politischer, sozioökonomischer und finanzieller Krise - und die neue ultrarechte Regierung Israels.

Nicht nur die Anrainerstaaten des Mittelmeers interessieren sich für die Region. Dass auch Länder fernab des Mittelmeers dort Interessen verfolgen, kann man am Beispiel Chinas sehen. Diese Thematik griff Saskia Hieber von der Akademie für Politische Bildung In Tutzing in ihrem Vortrag „China im Mittelmeerraum“ auf. So zieht sich Chinas Neue Seidenstraßenstrategie, die „Belt and Road Initiative“, auch entlang des Mittelmeers. Die „Belt and Road Initiative“ ist ein Investitionsprogramm mit enormen Ausmaßen, wel-

ches China durch Wirtschaftskorridore, Handelszentren und Kommunikationswege mit Europa, Afrika und Lateinamerika verbinden soll. Um diese Korridore nach Europa auszubauen bleibt der chinesischen Regierung die Wahl zwischen einer Route über Russland oder über die Türkei. Im Hinblick auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine tritt der Korridor über die Türkei ins Zentrum der chinesischen Bestrebungen nach Europa. In diesem Zusammenhang stellt Saskia Hieber die Frage, welche verborgenen Interessen China neben Handel und Entwicklung mit der Neuen Seidenstraßenstrategie verfolgen könnte und erläutert Zweifel an der Verlässlichkeit und dem Kooperationswillen Chinas mit einem Verweis auf dessen Auftreten im Inselstreit des Südchinesischen Meeres. Jedoch lässt sich erkennen, dass die Investitionen der chinesischen Regierung in den Mittelmeerraum seit 2017 und damit bereits vor der Corona-Pandemie rückläufig sind.

Wie eingangs erwähnt hat nicht nur China, sondern auch Europa besonders aus energiepolitischer Sicht ein erhöhtes Interesse am Mittelmeerraum. Neben dem Import von Erdgas geht es auch um eine Di-

Lizenzgebiete: Türkei, Republik Zypern, TRNC



Karte 3 "Lizenzgebiete: Türkei, Republik Zypern, TRNC" aus: Christian Schaller: Streit im östlichen Mittelmeer – Griechenland, Türkei, Zypern. Eine seevölkerrechtliche Einordnung. SWP-Studie 2022/S 02, 10.02.2022, doi: 10.18449/2022S02, S. 11

© Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 2020

versifizierung der Energiequellen. Zum einen um Abhängigkeiten, wie im Falle der Energieimporte aus Russland, zu vermeiden, zum anderen um im Rahmen des European Green Deal Alternativen zu fossilen Energieträgern zu finden. Eine solche Alternative stellt Grüner Wasserstoff dar. Grüner Wasserstoff ist die einzige Möglichkeit, bestimmte Prozesse der Chemieindustrie klimafreundlich zu gestalten und kann als alternativer Kraft- oder Brennstoff eingesetzt werden. Man gewinnt ihn durch Elektrolyse von Wasser, wofür erneuerbare Energie verwendet wird. Marokko hat sich der Produktion von Grünem Wasserstoff verschrieben und wäre für einen Import nach Europa aufgrund bereits bestehender Transportinfrastruktur ein möglicher Handelspartner. Neben den Transportwegen ist auch schon im Land Infrastruktur für die Herstellung des Wasserstoffs aufgrund von Marokkos Ammoniakproduktion vorhanden. Diese Faktoren vergünstigen die Wasserstoffproduktion im Land, was einen Preis zur Folge hat, der international konkurrenzfähig ist. Jedoch gibt es auch Hindernisse für die Produktion und den Handel mit der erneuerbaren Ressource. Marokko importiert trotz seiner Wasserstoffstrategie bisher 90 Prozent seiner Energie und ist daher selbst abhängig von Importen. Außerdem leidet das Land an Wasserknappheit, welche



Anja Hoffmann über die marokkanischen Ambitionen zur Wasserstoffherstellung
© Ritterbach Ciuró (APB)

für die wasserintensive Produktion von Wasserstoff ein Problem darstellt. Neben inländischen Herausforderungen ist vor allem die marokkanische Diplomatie gegenüber europäischen Staaten, welche Anja Hoffmann von der Heinrich-Böll-Stiftung in Rabat durch „maximale Eskalation“ gekennzeichnet sieht, ein mögliches Handelshemmnis.

Wie sich die Zusammenarbeit der europäischen Staaten bzw. Deutschlands mit Marokko, aber auch mit den anderen Staaten im Mittelmeerraum gestalten wird, hängt davon ab, inwiefern sich Handelshemmnisse und Grenzstreitigkeiten überwinden lassen. Dass der Ressourcenreichtum des Mittelmeerraumes zukünftig eine Rolle in unserer Energieversorgung spielen wird, zeichnet sich bereits ab.

Silvia Haider



© MESTER



Hochmotiviert am Arbeiten: Dies sind einige wenige der rund 160 Stipendiatinnen und Stipendiaten der Studienstiftung des deutschen Volkes, die am „EU-Gipfel“ in Bologna teilnahmen.

© Anna Fantuzzi/Studienstiftung

„EuropaPolitik erleben!“ Planspiele, spielerisches Verhandeln und konstruktives Scheitern

Was kennzeichnet die Politik auf europäischer Ebene? Dieser Frage folgen die Teilnehmenden im Rahmen von EU-Politiksimulationen. Im Jahr 2022 war es der Akademie endlich wieder möglich, das Planspiel „EuropaPolitik erleben!“ anzubieten.

Nach einer Überarbeitung der Materialien fanden im vergangenen Jahr sieben Veranstaltungen in Tutzing und an Lernorten außerhalb der Akademie statt. Es wurde dabei verstärkt an eine längere Tradition angeknüpft, das Planspiel neben der Zielgruppe Schulklassen auch mit Studierendengruppen durchzuführen. Neben einer Kooperationsveranstaltung an der Evangelischen Hochschule Nürnberg wurde das Planspiel im September im Rahmen der Veranstaltung „Perspectives for Europe“ der Studienstiftung des deutschen Volkes in Bologna durchgeführt. Im Dezember veranstaltete die Akademie zudem zwei Simulationen mit Studierenden der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt in Aichach. Im Folgenden wird das Planspiel beschrieben und auf die genannten Veranstaltungen im Hochschulbereich und ihre Lernerfolge zurückgeblickt.

„Es geht nicht um die Frage wer fortschrittlicher sein wird als andere. Es geht um das Überleben der Menschheit auf diesem Planeten.“ Mit diesen drastischen Worten versuchte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) die versammelten Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger im Vorfeld der UN-Klimakonferenz 2021 in Glasgow erneut auf die existenzielle Bedeutung des Klimaschutzes hinzuweisen. Der menschengemachte Klimawandel (und die politischen Herausforderungen zu seiner Bekämpfung) kann – im Anschluss an den Politikdidaktiker Wolfgang Hilligen – als neues zentrales Schlüsselproblem verstanden werden, an dem sich politische Bildungsarbeit orientieren sollte. Mit der Methode Planspiel bietet die Akademie einen handlungsorientierten Zugang zu diesem Themenfeld für jüngere Zielgruppen an.

Planspiele führt die Akademie seit 2012 mit der eigens konzipierten Simulation „EuropaPolitik erleben! Eine Politiksimulation zur Europäischen Union“ durch. Nach den thematischen Fokussierungen auf Recycling und Datenschutz wurde die Reihe seit Kurzem um eine dritte Generation zur Klimapolitik erweitert. Mit dem Planspiel wird den Teilnehmenden die Möglichkeit gegeben, sich durch eigenes „Erleben“ dem komplexen Zusammenspiel der Europäischen Institutionen in diesem Themenfeld zu nähern. Diese Gelegenheit wird ihnen durch die Übernahme von Rollen

als Ministerinnen und Minister, Kommissarinnen und Kommissare sowie Abgeordnete des Europäischen Parlaments und in der Presseberichterstattung gegeben. Die Auseinandersetzung mit dem europapolitischen Handlungsfeld erfolgt dabei zugleich spielerisch, aber auch realitätsnah.

Novelle des EU-Emissionshandels

In der neuen Politiksimulation zur EU-Klimapolitik wird eine Novelle des EU-Emissionshandels im Ordentlichen Gesetzgebungsverfahren verhandelt – eine Debatte die seit 2021 bis heute (Stand Dezember 2022) auch in den „realen“ EU-Institutionen geführt wird. Neben der Arbeit an der Verordnung in bis zu drei Lesungen werden die „Politikerinnen und Politiker“ von mehreren Medienhäusern kritisch begleitet, die über eine eigens konzipierte Website und Twitter-Kanäle publizieren. Auch die bedeutende Arbeit von Lobby-Gruppen findet im neuen Planspiel nun ihren Platz.

Thematisch geht es um einen gesetzgeberischen Kernbestandteil zur Erfüllung der Pariser Klimaziele von 2015: Eine Erweiterung des Europäischen Emissionshandels auf die Sektoren Gebäude, Verkehr und Landwirtschaft. Daneben spielen aber auch die Verwendung der Erlöse, die jährliche Zertifikate-Reduktion und ein möglicher CO₂-Zoll eine Rolle im simulierten Verfahren. Exemplarisch werden dabei grundlegende Fragen zur Europäischen Integration, dem Verhältnis von Markt und Staat sowie der politischen Handlungsfähigkeit des europäischen Staatenbundes erörtert.

Der „EU-Gipfel“ in Bologna

Passenderweise in der Wiege des europäischen Universitätswesens und dem Namensgeber einer der größten Bildungsreformen in den letzten Jahrzehnten, der italienischen Stadt Bologna, fand die bis dato größte Veranstaltung der Tutzingener Planspielreihe in Zusammenarbeit mit der Studienstiftung statt. Für rund 160 Stipendiatinnen und Stipendiaten der Studienstiftung des deutschen Volkes unterschiedlichster Studienrichtungen wurden gleich zwei Planspiele am 16. und 17. September 2022 parallel durchgeführt. Für diese Veranstaltung wurde der Konferenz-Bereich eines großen Hotels in der Innenstadt zur „Planspielwiese“ umgestaltet.

Die Teilnehmenden zeigten sich dabei hochmotiviert und gestalteten ein Planspiel mit außerordentlich hohem Argumentationsniveau. In der Simulation war auch das changierende Verhältnis der christdemokratischen EVP-Fraktion zwischen einem rechtsliberalen und einem sozialdemokratisch-grünen Zusammenschluss im EU-Parlament zu beobachten. Ein hohes Vorverständnis zu Gesetzgebungsverfahren zeigte sich etwa dadurch, dass sich die Studierenden schon im Hinblick auf die Geschäftsordnung der Institutionen – also etwa zur Reihenfolge von Redebeiträgen und Änderungsanträgen zum Gesetz – debattenfreudig zeigten. Schnell offenbarte sich auch, dass die Teilnehmenden in ihren Rollen den Wert der Öffentlichkeitsarbeit und der Medien erkannten. Mutige Erklärungen konnten den Presseberichten



Gleich zwei parallel verlaufende Planspiele zur EU-Klimapolitik fanden am 16. und 17. September 2022 in Bologna statt.

entnommen werden und gar ein choreographierter Protest mit Plakaten einer Parlamentsfraktion wurde beobachtet. Auffällig war zudem, dass auch in der Simulation informell gebildete Koalitionen an zentralen Streitpunkten wieder zerbrachen. Vergleichbare



In der Vorbereitung der Sitzung inmitten des Planspiels

Ereignisse hatten auch im realen europäischen Parlament Mitte 2022 für teils hoch emotionalisierte Szenen und dem kurzfristigen Scheitern einer Einigung im gleichen Themenfeld geführt.

Keine Einigung ist kein Scheitern

In einer der Simulationen konnte die Einigung in der zweiten Lesung herbeigeführt werden. Im zweiten Planspiel vermochte selbst ein Kompromiss im Vermittlungsausschuss keine Mehrheiten in Rat und Parlament hinter sich versammeln. Ein Scheitern des Verfahrens ist jedoch kein Scheitern der Methode Planspiel. Es zeigt vielmehr die Schwierigkeit politischer Kompromissuche zwischen Akteuren mit unterschiedlichsten Interessen nachhaltig auf. Langwierige Verhandlungen und das (zwischenzeitliche) Scheitern dieser gehören zur demokratischen Politik und sind – anders als dies mitunter kurze Presseartikel suggerieren – nicht unbedingt als Schwäche des Systems zu beurteilen.

In der abschließenden Reflektion der Simulation zeigten sich die Studierenden folglich sehr interessiert am Austausch über ihre Erlebnisse und Erkenntnisse in den Rollen und am realen Stand der laufenden Verhandlungen zum EU-Emissionshandel.

Parlamentarisches Ambiente in Aichach


Als besonders förderlich für das Lernen werden in der politischen Bildung außerschulische (bzw. außeruniversitäre) Lernorte betrachtet. Auch die Akade-

mie in Tutzing bietet dies mit ihren Räumlichkeiten am See – nach dem Motto „Raus aus dem normalen Lernalltag, rein ins Erlebnis Politik“. Für die beiden Veranstaltungen in Kooperation mit der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (KU) wurde ins Landratsamt im bayerisch-schwäbischen Aichach ausgewichen. Das Gebäude bietet einen einzigartigen runden, zur Mitte hin abfallenden Sitzungssaal, der normalerweise vom Kreistag genutzt wird. Wie an kaum einem anderen Ort in Bayern konnte hier das „parlamentarische Ambiente“ des Europaparlaments repräsentiert werden.

Die beiden Planspiele in Aichach am 2. und 3. sowie am 16. und 17. Dezember 2022 wurden im Rahmen der Lehrveranstaltung Einführung in die Politikwissenschaft / Einführung in die außerschulische politische Bildung unter Leitung von Rico Behrens, Katrin Reuter und dem Autor dieser Zeilen durchgeführt. Einge-laden waren Studierende der Fachrichtungen Politikwissenschaft, Politik und Gesellschaft auf Lehramt und dem Bachelorstudiengang Journalistik.

Analog zu den aktuellen Diskussionen in Brüssel wurde besonders intensiv zu der Frage verhandelt, um welche Sektoren der europäische Emissionshandel zu erweitern ist. In der Rolle eines Vertreters der Interessensgruppe „Friends of the Earth Europe“ warb der Inhaber des Lehrstuhls für Politische Bildung der KU, Rico Behrens um deutlich ambitioniertere Klimaziele. Zwar löste er mit seinen Vorschlägen auch großen Widerstand aus, überzeugte die „Politikerinnen und Politiker“ aber, die klimaschädliche Massentierhaltung in den Zertifikatehandel aufzunehmen. Eine Einigung für ein gemeinsames Gesetz kam im ersten Planspiel letztlich nach der zweiten Lesung zu Stande.

Politikdidaktische Reflexion

Im Rückblick auf die Simulationsphase schätzten die Studierenden die Erfahrungen durch das Planspiel. Durch das spielerische Lernen erwarben sie einen vertiefenden Einblick in das europäische Institutio-nengefüge und das Politikfeld Klimapolitik. Zugleich wird den Beteiligten im Rahmen der Lehrveranstaltung die Möglichkeit gegeben, die Methode Planspiel unter politikdidaktischen Gesichtspunkten zu reflektieren. Insbesondere die Lehramtsstudierenden werden dadurch befähigt, den Planspielansatz im Hinblick auf eigene Lehrveranstaltungen zu eruieren. Auch für die künftigen Journalistinnen und Journalisten barg die Simulation die Möglichkeit, das Handeln als Pressevertreterinnen und -vertreter im Planspiel zu üben und die Bedeutung der Presse – als sogenannte „4. Gewalt“ – in der Politik zu reflektieren. 

Marian Hummel

Natur – Land – Wirtschaft

Eine Tagung zur Transformation der Landwirtschaft

Bevor der Krieg und das Corona-Virus die Aufmerksamkeit von Öffentlichkeit und Politik auf sich zogen, war es die Landwirtschaft, die – nicht nur in Deutschland – die Menschen zu Tausenden auf die Straßen trieb.

In der Gegenwart prägen mehrere krisenhafte Konflikte die Entwicklung der Landwirtschaft: Konflikte zwischen landwirtschaftlichen Arbeitsweisen und Klima- bzw. Artenschutz, zwischen „nutzenmaximierender“ Ökonomie und sozial-ökologischer Nachhaltigkeit, zwischen Globalisierung und regionaler Versorgungssicherheit, zwischen unterschiedlichen Landwirtschaftsstilen selbst und schließlich zwischen gesellschaftlichen Erwartungen an die Landwirtschaft und deren Selbstpositionierung. Die einen sahen „die Landwirtschaft“ als Hauptverursacherin des Artensterbens, während die anderen meinten, dass die Rolle der Landwirtschaft und besonders der Landwirte vom Rest der Gesellschaft überhaupt nicht verstanden werden. Angesichts der Härte des Streits wollte der bayerische Ministerpräsident gleich den ganzen Staat neu gründen, indem er von der Notwendigkeit eines „neuen Gesellschaftsvertrags“ sprach, den er in einer Kommission grundlegen wollte.

Mit dem Forschungsprojekt „Natur, Land, Wirtschaft“ untersuchen Michael Spieker und Felix Remter an der Katholischen Stiftungshochschule in Benediktbeuern diesen Konflikt und mögliche Wege zu einer nachhaltigen Entwicklung der Landwirtschaft. In einer Tutzingener Tagung versammelten sich dazu Landwirte aus konventionellen wie aus ökologischen Betrieben sowie Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen.

Der Philosoph Harald Schwaetzer, der sowohl klassische Texte der Antike zu übersetzen vermag als auch einen Traktor zu fahren weiß, führte zunächst in ein seit dem 18. Jahrhundert verdrängtes Denken und Fühlen der Natur ein. Bis hin zur Aufklärungszeit galt die Natur nämlich nicht als bloßer Begriff oder als Gegenstand für die menschliche Gestaltungsmacht, sondern als ein eigenes, handlungsmächtiges Wesen. Die „natura“ war ein göttlich-geistiges Wesen, das den Boden nur so eben berührt und weit in den Kosmos hinausreicht. Wer einen Acker pflügte, der öffnete ihn damit für die Einwirkung der Himmels- und



Das Forschungsprojekt „Natur – Land – Wirtschaft“ sucht und diskutiert Wege zu einer nachhaltigen Entwicklung der Landwirtschaft.
© iStock/Photography Firm

Sternenkräfte. Das Bebauen der Erde war ebenso ein Pflegen wie Ausdruck von Verehrung einer Kraft, die die Menschen nicht beherrschen können: Alles drei sind Bedeutungen des lateinischen *colere*, wovon das Kultivieren abgeleitet ist.

Für Antike und Mittelalter war die Tätigkeit des Bauern stets auch ein religiöser Akt, das Bebauen der Erde war ein Moment des universalen Beziehungsgeflechts einer in sich guten Ordnung. Ein Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnis des Menschen gegenüber der Umwelt war undenkbar. Wenn daher in der Gegenwart von der Notwendigkeit einer Transformation der Landwirtschaft die Rede sei, gelte es zu bedenken, dass dies vor allem damit zusammenhängt, dass die Menschen selbst sich transformieren und kultivieren müssen, so Schwaetzer.

Ein Modell des „guten Lebens“

Auf sozial-ökologische Bewegungen, die von diesem Impuls der Selbst- und Welttransformation bewegt sind und eine alternative Lebens- und Wirtschaftsform einfordern, machte der Ethnologe Ulrich Demmer aufmerksam. In der Vereinigung *La Via Campesina* sind seit Anfang der 1990er Jahre weltweit Kleinbauern verbündet, um ein Modell des „guten Lebens“ von Bauern und Natur zu verteidigen und zu verbreiten: mit solidarischen Austauschformen, Wertschätzung für ihre lebenserhaltende Tätigkeit und gegen die Zerstörung von Gemeingütern wie Boden, Wasser und Luft und gegen das Zerreißen des sozialen Bandes zwischen Bauern und Gesellschaft.

Seit über zehn Generationen bewirtschaftet die Familie von Maria Lidl im oberbayerischen Penzberg einen Hof, der vor allem Milchvieh hält, aber auch ein Ferien-

und Bildungsort für nahe Kindergärten und Schulen ist. Mit ihr sprachen Carmen Grimbs, die seit einigen Jahren einen Demeter-Hof in Kamlach bewirtschaftet, und Niels Ondraschek von Transition Woods, einem Verein, der statt der verbreiteten Holzplantagen wieder natürliche Waldlebensräume schafft. Sie waren sich einig, dass Vielfalt nicht nur für das Leben der Böden, Wälder oder Tiere gut ist, sondern auch für die Menschen, die diese als Land- oder Forstwirte kultivieren.

Über die Problematik der sogenannten „Agrarwende“ sprach der Umweltethiker und langjährige Geschäftsführer der Schweisfurth-Stiftung Franz-Theo Gottwald. Sie setze vor allem eine Ernährungswende voraus. Zudem stehen die Aktivitäten aus der Biotechnologie- und Finanzbranche, die bei den Böden zu einer immer höheren Eigentumskonzentration führen, einer nachhaltigkeitsorientierten Wende entgegen. Auch dürfte die Unterschiedlichkeit der Vorstellungen innerhalb der Bauernschaft selbst und zwischen ihr und gesellschaftlichen Anspruchsgruppen nicht übersehen werden. Gottwald berichtete von der Zusam-

so gibt es Unternehmungen, die in den offenen Konflikt zu gegenwärtigen Praktiken gehen (zum Beispiel mit einer Ackerbesetzung, die gegen den Bodenverbrauch durch Gewerbebauten demonstriert) und solche, die in einer Nische ein Beispiel für ihr Verständnis einer nachhaltigen Landwirtschaft geben (etwa in einer Solidarischen Landwirtschaft). Schließlich gibt es reformorientierte Praktiken, die eine große Reichweite erzielen, zugleich aber systemstabilisierend wirken (wie die Verbreitung von Biolebensmitteln über Discounter). Dass es in der Gesellschaft keine gemeinsame Wahrnehmung von Natur gibt, sondern vielmehr ein spannungsgeladenes Feld unterschiedlicher Ziele und Naturverhältnisse, beschrieb der Soziologe Dennis Eversberg.

Von Seiten der Praxis konnte das nur bestätigt werden: Wolfgang Scholz vom Bayerischen Bauernverband, Brigitte Honold von der Solidargemeinschaft Unser Land und Verena Halbritter von der Solidarischen Landwirtschaft Donihof zeigten, wie denselben Herausforderungen mit unterschiedlichen Ansätzen begegnet werden muss. Für die bäuerliche

Landwirtschaft ist Nachhaltigkeit immer schon zentral, wie mitunter über Jahrhunderte fortgeführte Höfe zeigen. Doch auch neugegründete Arbeits- und Lebensgemeinschaften, wie der Donihof erfüllen eine wichtige Rolle in der Transformation: Sie führen Konsumenten und Produzenten, Böden und Bodenbewohner und zuletzt auch Stadt und Land auf erfüllende Weise zusammen. Wie die konsequente Orientierung an Regionalität unterschiedliche Akteure (Bauern, verarbeitendes Gewerbe und Handwerk, Vermarkter, Konsumenten) zusammenführt und Interessen ausgleicht, zeigt die bald 30-jährige Arbeit der Solidargemeinschaft Unser Land. 

Michael Spieker



Zentrale Fragen der Tagung waren: Wie lassen sich Konsumenten und Produzenten, Böden und Bodenbewohner und Stadt und Land zusammenbringen.

© iStock/TStuard

menarbeit in sektorübergreifenden Arbeitsgruppen, die über die Beschäftigung mit gemeinsamen Themen, wie Vermarktungsstrategien oder Bodenpflege, die Verständigung voranbringen. Das wirke besser, als von der großen Politik verkündete „Wenden“.

Alternative Pioniere

Wie ein vorherrschender Landwirtschaftsstil durch alternative Pioniere verändert wird, untersuchte die Politikwissenschaftlerin Dorothea Schoppek. Solche Pionierprojekte starten mit unterschiedlichen Strategien:

Linktipps

<https://www.solidarische-landwirtschaft.org/>



<https://agrardebatten.de/>



<https://transitionwoods.org/>



Rassismus in Europa und Afrika

Haben die Europäerinnen und Europäer den Rassismus nach Afrika gebracht? Oder gab es dort auch schon in vorkolonialer Zeit Formen des (wie zu dieser Zeit in Europa nicht biologistisch argumentierenden) Rassismus? Und wie interagierten rassistische Gedanken in Europa und Afrika? Diesen Fragen ist jüngst eine Tagung in Tutzing nachgegangen.

Wenig überrascht es, dass etwa Immanuel Kant von einem Unterschied zwischen den Menschen ausging, den er an deren Hautfarbe festmachte. So schrieb er etwa: „Die Menschheit ist in ihrer größten Vollkommenheit in der Race der Weißen.“ Schwarze Menschen seien hingegen „weit tiefer“ angesiedelt als etwa weiße. Kant stellte dabei keine Ausnahme dar. Europäisches Denken war über viele Jahrhunderte von der Vorstellung geprägt, dass die Hautfarbe von Menschen etwas über deren Wert aussage. Betrachtet man aber Gelehrte etwa aus Nordafrika, so zeigt sich bei diesen in vorkolonialer Zeit, als es nur marginale europäische Einflüsse gab, ein ähnliches Denken. Der marokkanische Gelehrte Ibn Battuta etwa, der 1352/53 subsaharische Gebiete bereiste, teilte die Menschen ebenfalls in unterschiedliche Gruppen ein. Die ranghöchste Gruppe seien dabei die Weißen, d.h. Muslime, die wie er selbst aus Nordafrika stammten. Berber hingegen hätten eine dunklere Hautfarbe und seien – obwohl sie dem muslimischen Glauben angehörten – nicht mit den nordafrikanischen weißen Muslimen zu vergleichen, die den muslimischen Glauben in Vollkommenheit zu praktizieren wüssten. Schwarze aus den subsaharischen Gebieten Afrikas hingegen standen als Sklaven auf der niedrigsten gesellschaftlichen Stufe. Dieses Denken findet sich regelmäßig bei nordafrikanischen Gelehrten im präkolonialen Afrika.

Die Tutzinger Tagung „Race and Ethnicity in Africa and Europe“, die gemeinsam mit dem Center for Maghrib Studies der Arizona State University und deren Direktor Chouki El Hamel durchgeführt wurde, hatte zum Ziel, die Diskurse über vermeintliche Unterschiede zwischen den Menschen, basierend auf deren Hautfarbe, in Afrika und Europa zu untersuchen. Dabei sollten Formen des Rassismus verglichen werden, die

bereits vor dem Aufkommen des biologistisch argumentierenden Rassismus des 19. Jahrhunderts existierten und sich insbesondere an unterschiedlichen Hautfarben orientierten.

Im Rahmen der Tagung wurde diskutiert, in welcher Weise bereits im vorkolonialen Afrika die Vorstellung von einer Höherrangigkeit von „Weißen“ im Gegensatz zu „Nichtweißen“, insbesondere schwarzen Menschen, vorherrschte. Die lange Zeit gängige Interpretation, dass die Hierarchisierung aufgrund der Hautfarbe ein Import der europäischen Kolonialmächte nach Afrika war, ist inzwischen widerlegt worden. Gleichwohl vermischten sich seit der Kolonialzeit in Afrika europäische und afrikanische Diskurse. Diese wurden insbesondere seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert durch einen biologistischen Rassismus ergänzt, der seinen Ursprung in Europa und Nordamerika hatte. Aus diesem Grunde wurden auf der Tutzinger Tagung auch unterschiedliche Konzepte von Rassismus debattiert. Konsens bestand darüber, dass auch vor dem 19. Jahrhundert bereits von Rassismus gesprochen werden kann, da Rassismus nicht nur auf vermeintliche „biologische“ Unterschiede zwischen den Menschen abzielt, sondern es auch etwa sozial oder ethnisch begründete Unterschiede gibt, die als eine argumentative Form des Rassismus anzusehen sind.

Blick auf unterschiedliche Räume

Mathilde Montpetit (New York University) untersuchte dabei etwa, welche Rolle nichtweiße Eunuchen in der mittelalterlichen islamischen Welt in Nordafrika spielten. Diese waren für die Betreuung der Frauen von einflussreichen Männern zuständig. Aufgrund ihrer Hautfarbe bestand der Glaube, dass sich die Frauen von diesen zurückgestoßen fühlten und keinerlei Interesse an sexuellen Aktivitäten mit diesen hätten. Sie wurden somit aufgrund ihrer Hautfarbe diskriminiert, gleichzeitig war ihre Hautfarbe der Grund, weshalb sie in der Nähe der führenden sozialen Gruppen des Staates leben konnten.

Ousmane Traoré (Pomona College, Claremont, Kalifornien) befasste sich mit der Rolle der Hautfarbe im Sklavenhandel in vorkolonialer und kolonialer Zeit in Westafrika. Er betonte dabei, dass insbesondere Menschen mit dunklerer Hautfarbe, die in Feldzügen von „hellerhäutigeren“ Stämmen erbeutet worden waren, an afrikanische oder europäische Sklavenhändler verkauft wurden. In der Regel wurden jedoch Menschen muslimischen Glaubens hiervon ausgenommen. Vor allem in den Sklavenhalterfamilien in Nordafrika konnten die Unfreien sich mit der Zeit gewisse Freiheiten erarbeiten, wenn sie zum muslimi-

schen Glauben konvertierten. Im westafrikanischen Volk der Soninke hieß es deshalb auch zu Beginn des 18. Jahrhunderts, dass ein Sklavendasein in einer arabischen Familie einem unfreien Leben in Europa vorzuziehen sei, da die Möglichkeit der Assimilation an die Kultur und Religion bestand.

Christine Hatzky (Universität Hannover) lenkte den Blick auf das Kolonialreich Spanien und untersuchte Vorstellungen von Hierarchien basierend auf der Hautfarbe der Menschen in den spanischen Besitzungen Lateinamerikas. Ausgehend vom spanischen Königreich verbreitete sich in den Kolonien die Vorstellung einer „limpieza de sangre“, einer „Reinheit des Blutes“, die seit dem Ende des 15. Jahrhunderts in Spanien anzutreffen war. Diese Vorstellung war eng mit der Rückeroberung der iberischen Halbinsel von den arabischen Herrschern, die als „nichtweiß“ galten, verbunden. Araberinnen und Araber sowie Jüdinnen und Juden wurden im Zuge einer Christianisierungspolitik zum Übertritt zum Christentum gezwungen. Gleichzeitig bestanden Zweifel an der Wahrhaftigkeit der Konversionen. Deshalb wurden nur Personen, die über drei Generationen dem christlichen Glauben angehört hatten, als „wahre“ Christinnen und Christen angesehen. Nur sie durften andere „wahre“ Christinnen und Christen heiraten. Auch gab es Vorstellungen darüber, dass diese Menschen weniger „weiß“ seien als „wahre“ Christinnen und Christen.

Nur „wahre, nichtschwarze“ Christinnen und Christen durften in die spanischen Kolonien auswandern. Ein Verbot bestand dabei insbesondere gegenüber Menschen mit nordafrikanischem Ursprung sowie gegenüber Sinti und Roma. In der neuen Welt wurden von den spanischen Kolonialherren etwa die Azteken als „rein“ angesehen, da sie sich nicht mit Musliminnen oder Muslimen bzw. Jüdinnen oder Juden vermischt hatten. Doch sollten sich die Neuankömmlinge aus Spanien nicht mit den in den Kolonien lebenden indigenen Menschen vermischen, um die „limpieza de la sangre“ nicht zu gefährden. Ausnahmen wurden zu Beginn nur für adelige indigene Frauen gemacht, die als „rein“ galten. Doch entstand bald eine neue Schicht von Mischlingen. Diese hatten zu Beginn die gleichen Rechte wie spanische Siedlerinnen und Siedler, doch wurde mit der Zeit immer stärker auf die Hautfarbe der Abkömmlinge geachtet. Je „weißer“ diese war, über umso mehr Rechte verfügten die Menschen.

Dazwischen oder außerhalb

Tobias Klee (Freie Universität Berlin) ergänzte in Hinblick auf das Spanien des 19. Jahrhunderts, dass hier unterschiedliche Vorstellungen darüber bestanden, was als „weiß“ anzusehen sei. Vor allem in Katalonien sah man mit Verachtung auf die Menschen in Südspanien, die vermeintlich durch eine Vermischung

mit afrikanischen Migrantinnen und Migranten weniger „weiß“ geworden seien und deshalb keine Kulturleistungen wie in Nordspanien erbringen könnten. Die spanischen Kriege gegen Aufständische in Marokko seit dem Ende des 19. Jahrhunderts hatten dabei auch das Ziel, zu belegen, dass Spanien den dunkelhäutigeren Menschen in Marokko überlegen waren.

Eine Sektion der Tagung beschäftigte sich auch mit Menschen, die weder als „weiß“ noch als „nichtweiß“ galten. Hierzu zählten u.a. Albinos, die in Europa, so Andras L. Pap (Ludovika Universität, Budapest), etwa von Voltaire oder Kant als „primitive“ Weiße angesehen wurden. In Afrika betrachtete man Albinos vielfach mit Vorurteilen und glaubte, dass diese Unglück brächten. In den USA, wo Nichtweiße bis 1952 nicht eingebürgert werden konnten (eine Ausnahme waren die Abkömmlinge der Sklavinnen und Sklaven, die in den USA geboren worden waren), wurden Albinos nicht als „Weiße“ angesehen. 1952 wurde erstmals ein Albino eingebürgert, da ihn der Supreme Court als „Weißen“ betrachtete.

Innerhalb religiöser Gemeinschaften

Jüdinnen und Juden galten in Europa, Nordamerika, aber auch in Afrika ebenfalls lange nicht als unumschränkt „weiß“, wie Paul A. Silverstein (Reed College, Portland) ausführte. Dies änderte sich erst in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Damit zeigte sich bei Jüdinnen und Juden eine gegenteilige Entwicklung zu den Menschen aus Lateinamerika, die in den USA bis in das 19. Jahrhundert hinein als „weiß“ galten, seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert jedoch nach und nach diesen Status verloren und bis heute als „Nichtweiße“ angesehen werden. Jüdinnen und Juden hingegen, die in den USA lange nicht als vollwertige „Weiße“ galten, wird dieser Status etwa seit den 1960er Jahren zugestanden. Dies belegt, wie zeitgebunden Vorstellungen von „Weiß“ oder „Nichtweiß“ sind.

Der Fall der schwarzen äthiopischen Jüdinnen und Juden zeigte wiederum, dass sich selbst die jüdischen Gemeinden in Europa schwer damit taten, Glaubensbrüder und -schwestern mit anderer Hautfarbe als gleichwertig zu betrachten. Rachel Smith (University of California, Los Angeles) untersuchte dabei den Fall eines äthiopischen Juden, der 1867 von der Alliance Israélite Universelle nach Paris gebracht wurde. Der Umgang mit diesem Mann zeigte, wie auch in der jüdischen Gemeinschaft in Paris von einer Überlegenheit der „Weißen“ ausgegangen wurde. Man traute dem jüdischen Äthiopier nicht zu, tatsächlich den jüdischen Glauben zu praktizieren oder in der Lage zu sein, eine jüdische Religionschule in Paris zu besuchen.

Michael Mayer

Das demokratische Asien: Taiwan

„The Most Dangerous Place on Earth“, als gefährlichsten Ort der Welt bezeichnete der Economist 2021 Taiwan, die eigenständige Insel vor der chinesischen Küste. Die Staats- und Parteiführung in Peking verzichtet nicht nur auf Anwendung von Waffengewalt, vielmehr müsse, so der Präsident der Volksrepublik, Xi Jinping, die Wiedervereinigung erzwungen werden. Im Jahr 2022 haben zahlreiche chinesische Militärmanöver die 12-Seemeilenzone um Taiwan und seine Flugidentifikationszone (ADIZ) verletzt und die Insel sogar mit Raketen überschossen, die auch Japans 200-Seemeilen Wirtschaftszone verletzen. Taiwan ist von strategischer Bedeutung für die Freiheit und Sicherheit der Seefahrt im Pazifik. Allerdings unterhalten die meisten Staaten keine offiziellen Beziehungen mehr nach Taipeh, seit die Volksrepublik China 1972 den UN-Sitz erhielt. Taiwan bildet den Auftakt unserer Veranstaltungsreihe „Das demokratische Asien“.



Die Republik Taiwan, die als ihren offiziellen Staatsnamen 'Republik China'/'Republic of China' trägt, ist ein Inselstaat im Südchinesischen Meer in Ostasien mit der Hauptinsel Taiwan und weiteren kleineren Inseln und einer Bevölkerung von etwa 23,5 Millionen Menschen.

© iStock/PeterHermesFurian

Ian-Tsing Joseph Dieu, Generaldirektor der Taipeh Vertretung in München, erläutert die Entwicklung der Demokratie in Taiwan und die nach deutschem Vorbild verfassten Grundlagen des Rechtssystems. Taiwan belegt Platz 8 des Demokratieindex. Demokratie ist eine Überlebensstrategie, ein Sicherheitsfaktor, erklärt Dieu. Die autoritären Strukturen der Militärherrschaft der Guomindang verschwanden mit Aufhebung des Kriegsrechts 1987. Bereits 1986 wurde die Oppositionspartei DPP gegründet. Ein wichtiges Element zur sozialen Stabilität war neben dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit die Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung. Taiwan ist an erster Stelle beim „Health Care Index 2021“ und ist erfahren in der Pandemiebekämpfung. Dieu: „Taiwan hat das Recht an der WHO teilzunehmen“. Taiwans heutige Studierende sind in einer demokratischen Gesellschaft aufgewachsen und sind digital vernetzt: ein weiterer Vorteil für die Demokratie in Taiwan.

Frauen überdurchschnittlich gut ausgebildet

Astrid Lipinsky, Leiterin des Zentrums für Taiwan Studien der Universität Wien, beschreibt die zivilgesellschaftliche Entwicklung Taiwans. Zu den Zäsuren zählen „228“, das Massaker an der eingewanderten Bevölkerung am 28. Februar 1947, die gegen den chinesischen Militärgouverneur protestierte und die Zuwanderungswelle 1949, als nach Verlust des Bürgerkriegs auf dem Festland viele chinesische Soldaten (ohne Familien) und Beamte nach Taiwan flohen. Die ethnische Zusammensetzung lässt sich beschreiben als mehrheitlich chinesisch, Hakka (und andere Minderheiten) und indigen (ca. 2% der Bevölkerung). Bei Indigenen hatten Töchter gleiche Erb- und Eigentumsrechte. Doch die Armut zwang zum Verkauf von Töchtern an pensionierte Soldaten. Frauen in Taiwan sind überdurchschnittlich gut ausgebildet und in lokalen Parlamenten wie auch im nationalen Parlament vertreten. In Führungspositionen sind sie unterrepräsentiert – obwohl die wichtigsten Protestbewegungen auf die Initiative von Frauen zurückgehen.



Astrid Lipinsky über die zivilgesellschaftliche Entwicklung
© Maier (APB)

Christian Schmidkonz von der Munich Business School beschreibt Taiwans Wirtschaftsentwicklung mit einem frühzeitigen und strategischen Aufbau der Elektronik- und Zukunftsindustrie durch die Anlage

und Förderung von Forschungs- und Wissenschaftszentren und Technologieparks. Taiwan gehört nicht nur zu den führenden Produzenten in der Halbleiterindustrie, die Spitzenprodukte kommen fast ausschließlich aus Taiwan. Das ausgezeichnete Bildungssystem und die Attraktivität als Firmenstandort tragen zum Wirtschaftserfolg Taiwans bei. Landwirtschaftliche Entwicklung, Importsubstitution, Exportorientierung, ständige Modernisierung, Innovation und „smart technology“ in einem zukunftsorientierten, interdisziplinären Umfeld schaffen die Rahmenbedingungen für Taiwans einzigartige Industrieentwicklung.



Christian Schmidkonz über die Rahmenbedingungen der gelungenen Industrieentwicklung

Neuorientierung der US-Taiwanpolitik

Nele Noesselt, Universität Duisburg-Essen, analysiert den 20. Parteitag der Kommunistischen Partei in Peking im Oktober 2022 in Bezug auf Taiwan und die Neuausrichtung der amerikanischen Sicherheitsstrategie. Peking stellt sich gegen jeglichen Separatismus, Unabhängigkeitsbestrebungen und auswärtige Einmischung. Taiwan sei „Chinas Taiwan“, die Taiwanfrage müsse laut Kommunistischer Partei von Chinesen gelöst und die komplette Wiedervereinigung realisiert werden. Zur Neuorientierung der US-Taiwanpolitik berichtet Noesselt über den Taiwan Travel Act von 2018 und die Taiwan Allies International Protection and Enhancement Initiative von 2019. Die USA werden Taiwans Partnerschaften unterstützen und sich gegen Gefahren für Taiwans Sicherheit und Wohlstand stellen. Frieden und Sicherheit in und um die Taiwanstraße ist ein regionales und globales Interesse. Chinas Bedrohung gegenüber Taiwan ist in der neuen amerikanischen Indopazifikstrategie ausdrücklich angesprochen.

Elli-Katharina Pohlkamp vom European Council on Foreign Relations beschreibt im sicherheitspolitischen Zusammenhang Japans Politik gegenüber Taiwan. Offiziell gibt es keine diplomatischen Beziehungen, doch die wirtschaftlichen, kulturellen und touristischen Verbindungen haben eine lange Tradition. Japans Verteidigungspolitik wird neu ausgelegt, das Militärbudget erhöht und die Truppen auf den südlichen Inseln verstärkt. Eine Eskalation um Taiwan betrifft direkt das japanisch-amerikanische Verteidigungsbündnis und Japan ist sicherheitspolitisch auf die USA angewiesen. Der Ukrainekrieg hat in Japan die Solidarität mit Taiwan und die Unterstützung für die Bevölkerung befördert.

Indigene Kulturen spielen zunehmende Rolle

Isabella Kern, Goethe-Universität Frankfurt, beschäftigt sich mit Identitäten in Taiwan. Gerade Jüngere betrachten sich ausschließlich als Taiwaner. Sie sind im Gegensatz zu vielen ihrer Großeltern und Ahnen in Taiwan geboren. Die Identifizierung mit China ist abhängig von Migrationsbewegungen. Konstruktionen von Identität haben viele Faktoren. Dazu gehören die ständige Unterdrückung Taiwans durch Kolonisatoren früher und heute die diplomatische und militärische Drohkulisse der Volksrepublik China. Auch indigene Kulturen spielen in Taiwans Identitätsdiskursen eine zunehmende Rolle.



Jianing Samantha Jiang erinnert an Taiwans „Trostfrauen“. Isabella Kern thematisiert die Frage der Identitäten.

Jianing Samantha Jiang erinnert an Taiwans „Trostfrauen“. Diese Form von Zwangsprostitution für die japanische Armee gab es nicht nur in Korea, sondern auch in Taiwan. Vor allem Ärmere und Indigene wurden Opfer und geraten in Vergessenheit. Das kleine „AMA Museum“ erinnert an dieses dunkle Kapitel der Geschichte Taiwans als japanische Kolonie (von 1895 bis 1945). Finanzierungsprobleme allerdings und die altersbedingt nicht mehr existierende Zahl der direkt betroffenen Zeitzeuginnen bedrohen diese wichtige Institution der gesellschaftspolitischen Erinnerung.

In der Sinologie ein attraktiver Standort

In der Podiumsdiskussion mit der Chinaexpertin Astrid Frey Eisen, Leiterin der Redaktion Wirtschaft und Soziales beim Bayerischen Rundfunk, Astrid Lipinsky, Ian-Tsing Joseph Dieu, und dem ehemaligen Vertreter der Bundesrepublik Deutsch-

land in Taipeh, Botschafter Michael Zickerick, wurde Taiwans Situation und Zukunftsentwicklung abschließend analysiert. Aus europäischer Sicht mag Taiwan weit weg sein, doch der Ukrainekrieg hat die internationale Wahrnehmung verändert. Die Zwei-Parteienkonfrontation zwischen Guomindang und der demokratischen Fortschrittspartei DPP ist ein potentieller Schwachpunkt. Eine eskalierende Krise wäre bedrohlich für Taiwan. Aus akademischer Sicht wäre eine Ausweitung der Chinastudien und verstärkte Einbeziehung Taiwans wichtig. Die Coronabeschränkungen in China waren ein großes Problem für Studierende und Forschende entsprechender Fächer. Taiwan ist auch in der Sinologie ein attraktiver Standort. Taiwanstudien sollten als eigenes Fach etabliert werden.

Wesentlich hängt Taiwans Status quo, seine Eigenständigkeit und Zukunft als eine der wenigen stabilen Demokratien in Asien ab von Verteidigungszusagen und Engagement der USA. Präsident Biden hat zugesagt Taiwans Status quo und die Freiheit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu schützen. Konkret ist diese Verteidigungszusage nicht. Bisher versuchte Washington die Regierung in Peking durch „strategische Ambiguität“ im Unklaren zu lassen. Bisher schützt Taiwan die Abhängigkeit anderer Weltregionen (inklusive China) von Produkten seiner Hochtechnologieexzellenz, und in etwas anderem Kontext auch der russische Krieg gegen die Ukraine. Wie weit die USA allerdings gehen, um einen neuen Kalten Krieg im Westpazifik gegen die Supermacht China zu verhindern oder um Taiwan zu verteidigen, wird sich beweisen müssen.

Saskia Hieber

Weiteres zum Thema

Taiwan: Global Player und Spielball der Weltmächte: bit.ly/taiwan-apb



Die Expertin und die beiden Experten (v. links: Michael Zickerick, Astrid Frey Eisen und Ian-Tsing Joseph Dieu) diskutieren über Taiwans Situation heute und mögliche Zukunftsszenarien.



Daniela Philippi im Gespräch mit dem Altdirektor Heinrich Oberreuter über dessen Leben, sein Schaffen und Wirken als Wissenschaftler und als Privatmensch

© Maier (APB)

Gespräch über das Leben

Mehr als 30 Jahre war Heinrich Oberreuter Universitätsprofessor, 18 Jahre leitete er die Akademie für Politische Bildung. Er hat eine immense Zahl wissenschaftlicher Schriften veröffentlicht, viele Politiker beraten, zahllose Interviews gegeben und ganze Fakultäten aufgebaut. Anlässlich seines 80. Geburtstags organisierte die Akademie für Politische Bildung ein Symposium mit Weggefährten aus Politik, Hochschule und Akademie. Daniela Philippi, ehemalige BR-Journalistin, Sprecherin der Bayerischen Staatsregierung und Kuratoriumsmitglied, führte mit dem Altdirektor ein Gespräch über das Leben.

Philippi: *Gespräch über das Leben – da fragt man sich natürlich, wo fängt man bei einem an, dessen Lebenslauf leicht sechs Seiten umfasst. Ich habe mir gedacht, ich fange mit einigen privaten Fragen an, denn den Autor, den Wissenschaftler, den Universitätsprofessor, den kennt man. Den privaten Oberreuter dagegen vielleicht noch nicht. Sie sind bekannt, Sie sind populär, Sie haben viel erlebt, Sie haben viele Menschen kennengelernt: Haben Sie schon einmal daran gedacht, Ihre Memoiren zu schreiben?*

Oberreuter: Das ist eine sehr indiskrete Frage, die mich auf dem Fuß erwischt, weil ich die letzten paar Tage mal darüber nachgedacht habe. Ich habe mich aber ent-

schlossen, das zu lassen, weil ich mir keine Notizen von all dem gemacht habe, was interessant gewesen wäre. Es gibt ein paar Sachen, die man aus dem Gedächtnis schreiben könnte, aber ich glaube, ich werde meinem Lehrer Hans Maier an dieser Front nicht nacheifern.

Auf Hans Maier werden wir noch zu sprechen kommen. Zunächst aber ein paar Zuschreibungen, die es zu Ihnen gibt: das Orakel von Tutzing, Chefinterpret der bayerischen Politik, bayerischer Politikwissenschaftler mit internationalem Ruf, Haus- und Hofpolitologe der CSU und Doyen der Parlamentsforschung. Wie sind Sie mit diesen Bewertungen umgegangen? Hat Sie das ein wenig stolz gemacht?

Die Sache mit dem Doyen hat mir schon sehr gut gefallen. Was mich aber ärgert, sind diese Zuschreibungen zur CSU. Wohl niemand hat sich mehr über mich geärgert als CSU-Amtsträger, denn in den Medien habe ich immer kritisch und neutral agiert. Ich erinnere mich an einen sehr berühmten Politiker, der nach einer Talkshow auf mich zukam und sagte: „Von Ihnen hätte ich erwartet, dass Sie mich mehr unterstützen.“ Daraufhin antwortete ich ihm: „Ich bin hier nicht als Sympathisant der C-Parteien, ich bin hier als wissenschaftlicher Analytiker.“ Und wenn mich Leute in den Medien vorstellen mit dem Satz „selber Mitglied der CSU“, kriege ich manchmal die Krise.

Hat es für Sie ein Leben neben der Politik, der Wissenschaft und dem Autor sein gegeben?

Da müssten Sie eigentlich meine Frau fragen...

Das wäre die nächste Frage gewesen. Wie sehr haben Sie die Familie vernachlässigt?

Ziemlich. Als ich meine Dissertation abgeliefert hatte, habe ich zu meiner Frau gesagt: „Das ist jetzt der Freifahrtschein in die Arbeitslosigkeit.“ Damals befanden wir uns in einer Situation, in der Politikwissenschaftler Outsider waren. Wir haben jede Chance wahrnehmen müssen. Eine gute war die Assistenz bei Professor Hans Maier, aber wenn Sie einmal in dem Gewerbe sind, streben Sie natürlich nach Fortgang. Als es dann am Otto-Suhr-Institut geklappt hat, ging es zwei Jahre nach Berlin, dann nach Passau, wo die Familie nachzuholen auch wieder zwei Jahre gedauert hat. Dann kamen die drei Jahre in Dresden und schließlich meine 18 Jahre in Tutzing. So ergeben sich in gewisser Weise zwei Lebensgeschichten, die man irgendwie zur Korrelation bringen muss. Meine Kinder frage ich lieber nicht, ob sie sich von mir ausreichend erzogen fühlen. Gelegentlich sage ich meiner Frau: „Wenn aus denen etwas geworden ist, bist du daran schuld.“

Der Name Hans Maier ist mehrfach gefallen. Wie sehr ist er Ihnen zum Vorbild geworden?

Hemmungslos und permanent. Er ist eine ganz einzigartige Persönlichkeit, die ihre Autorität aus Menschlichkeit und Kompetenz gewinnt. Wahrscheinlich habe ich vieles von dem auch umgesetzt. Ich habe meine Leute nie gefragt, ob sie katholisch, evangelisch, mohammedanisch oder gar nichts sind; ob sie divers, trans oder normal sind; oder ob sie schwarz, grün, blau oder rot sind. Am Lehrstuhl Maier war ich vielleicht der Einzige, der wirklich katholisch und schwarz gewesen ist. Das war aber nicht wesentlich. Die Auswahl ging über Qualifikation und über Interesse an der Sache. Jeder Diskurs war ein offener. Man konnte sich auch als wissenschaftliche Hilfskraft frei und ungezwungen äußern. So eine Erfahrung ist für die persönliche Profilierung ziemlich wichtig.

Wie kam es überhaupt zur Politikwissenschaft? Sie sind geboren in Breslau als jüngstes von fünf Kindern, der Vater war Psychiater und Neurologe. Die Flucht haben Sie nicht bewusst miterlebt, wohl aber die Einschränkungen in der Nachkriegszeit. Wie sehr war das prägend für Ihre Studien- und Berufswahl?

Eine meiner ersten lebendigen Erinnerungen ist, wie mich mein Onkel in Bischofsheim in der Rhön im Amtsgericht aufs Fensterbrett gesetzt und mir eine Feuerglocke am Horizont gezeigt hat. Zu mir mit meinen zweieinhalb Jahren hat er dann gesagt: „Da hinten brennt Würzburg.“ Das war am 16. März 1945. In den Ruinen von Stift Haug, die da gebrannt hatten, habe ich später als Gymnasiast Fußball gespielt. Diese Noterfahrung gehörte dazu, eine schwierige Situation mit fünf Kindern und einem Vater, der in Kriegsgefangenschaft war. Ich war sieben und er war 50, als ich ihn kennengelernt habe. Die Fernwirkung dieser familiären Bindung war, dass ich nicht genau wusste, ob ich Medizin oder Politikwissenschaft studieren sollte. Ich saß im Lichthof der Münchner Universität und habe gemäß der keineswegs selbstverständlichen Zulassung Medizin angegeben. Als ich dann im Zug nach Regensburg saß, wurde mir klar: Politikwissenschaft wäre wahrscheinlich doch besser. Jetzt war ich zwei Jahre beim Barras, habe nichts Gescheites gelernt und soll wieder die lateinischen Ursprungsbezeichnungen von irgendwelchen Knöchelchen und Muskelfasern auswendig lernen. Daraufhin habe ich in der Studentenkanzlei angerufen, ob ich diese Entscheidung rückgängig machen kann. „Wir sind froh über jeden Mediziner, der nicht kommt“, bekam ich als Antwort.

Es wäre auch schade, wenn Sie uns als Politikwissenschaftler fehlen würden. Ihre Laufbahn ist sehr stark verbunden mit der Universität Passau, der Sie trotz mehrerer Rufe 30 Jahre treu geblieben sind. Wie lässt sich das erklären, dass Sie nicht schwach geworden sind, an eine andere Universität zu wechseln?

Der Ruf auf einen Kommunikationslehrstuhl an der Universität Eichstätt war hoch interessant, aber die Situation erschien mir ein wenig problematisch. Der Ruf nach Dresden war viel interessanter, aber Hans Maier und Manfred Hättich hatten schon die Fühler ausgestreckt, dass ich nach Tutzing gehe. Eines Tages erhielt ich einen Anruf vom Kanzler der Universität Dresden, der sagte: „Wenn Sie jetzt bei uns Wissenschaftsminister werden, will ich Ihr Staatssekretär sein.“ Auf meine Frage, wie er auf die Idee käme, antwortete er: „Das steht bei uns in den Zeitungen.“ Ich antwortete: „Nachdem Milbradt Ministerpräsident geworden ist, dem ich in meiner Zeit als Gründungsdekan als säumigem Finanzminister mal das Fell über die Ohren gezogen habe, werde ich bei euch nie Minister.“ Insofern war es vernünftig, in Passau zu bleiben, speziell in Kombination mit Tutzing. Immerhin hatte

ich davor eine Gastprofessur am berühmten, zur Ivy League gehörenden Dartmouth College, eine der ältesten Universitäten der USA, und danach eine, nun politikwissenschaftliche, in Eichstätt. Bei der Einbettung der Hochschule für Politik in die TU München war ich lehrend für den Bereich Recht und Politik verantwortlich. Und doziert habe ich unter anderem an Harvard, Columbia und Georgetown, an der Sorbonne, an Beda und Renmin in Peking, in Shanghai und Taipeh, in Warschau, Breslau und Lublin, in Kiew, Budapest und Sofia. Intensive auch institutionelle Beziehungen bestanden mit dem Europainstitut der Akademie der Wissenschaften in Moskau. Es gibt also durchaus außerbayerische Akzente, zu denen vor dem Akademischen auch eine Tätigkeit im Wissenschaftlichen Dienst des Bundestags gehört. Tutzing, Passau und der Rest der Welt ließen sich ganz gut vereinbaren.

Sie wurden 1991 Gründungsdekan an der TU Dresden. Es ist Ihnen gelungen, innerhalb von zwei Jahren zwei Fakultäten auf die Beine zu stellen. Können Sie ein bisschen aus dieser Zeit erzählen?

In Dresden fand ich eine geisteswissenschaftliche Einrichtung vor, wie sie an vielen Technischen Universitäten seit eh und je vorhanden war – mit ein bisschen Geschichte, ein bisschen Philosophie, ein bisschen Techniksoziologie und Gesellschaftslehre, unter ideologischer Einengung. Wir haben Lehrprogramme erarbeitet, wir haben die Bibliothek aufgebaut, wir haben Fakultätskonzepte erdacht. Der Wissenschaftsminister hat dann signalisiert, dass er maximal zwölf oder 15 Professuren für uns hätte – wir hatten aber zweimal 60 vorgesehen. Wolfgang Frühwald, Karl Dietrich Bracher aus der Gründungskommission und ich gingen also mit dem Minister Abendessen. Da haben wir drei ihm gesagt, dass wir nicht mehr in der Lage sind zu vertreten, dass diese mühsame Aufbauarbeit sich ins Nichts entwickelt. Am nächsten Tag hörte ich, dass der Minister im Ministerium beunruhigt gefragt hat, ob sie für den Oberreuter nicht noch ein paar Professuren hätten. Am Ende hatten wir 70, glaube ich, und als ich ging, waren fast alle berufen. Es war eine wunderbare und anstrengende Zeit, was die Effizienz der Hochschulgestaltung betraf. Wenn ich die Fakultäten jetzt ansehe, denke ich, man hätte etwas mehr daraus machen können.

Ich darf auf die Akademie für Politische Bildung zu sprechen kommen, der Sie genauso treu geblieben sind wie Passau, nämlich 18 Jahre, von 1993 bis 2011. Sie haben die Akademie aber nicht nur geleitet, sondern Sie haben sie auch mal buchstäblich gerettet. Was gab es denn für ein Ansinnen seitens der Staatsregierung?

Dieses Gelände hier gehört der Landesversicherungsanstalt Oberbayern. Die Liquiditätsprobleme der Rentenversicherung fingen an, sie beschworen einen Gesetzentwurf herauf, nach welchem sie ihre Latifundien

verkaufen sollte, um liquide zu werden. Daraufhin konfrontierte mich der Freistaat Bayern mit der Ansicht, Nabburg wäre doch ein schönes Städtchen – was zweifelsfrei zutrifft, aber nicht für die Akademie. Dann war die nächste Idee Schloss Emmeram in Regensburg, eigentlich ein ganz attraktiver Ort. Ich hielt trotzdem nichts davon und ging zum Finanzminister [Erwin, Anm. d. Red.] Huber, der mir eine schöne Villa in Bogenhausen vorschlug. „Und die Teilnehmer?“, fragte ich. „Die bringen wir dann in Hotels unter“, sagte er. Eine Veranstaltung lebt nicht zuletzt auch von sozialen Kontakten. Aber vom Hotel aus geht der eine abends ins Konzert, der nächste ins Hofbräuhaus und wohin auch immer. Also fragte ich Herrn Huber: „Wo passiert denn, wenn die CSU sich trifft, das meiste oder Entscheidende?“ – „Na, im Bierkeller!“ Auf diese Weise ist die „Akademie für Politische Bildung in Nabburg“ abgelehnt und der Standort Tutzing durch Erbpacht dauerhaft gesichert worden. Und den Neubau des schönen Hörsaals haben wir danach auch noch hingekriegt.

Sie sind seit gut zehn Jahre nicht mehr in Chefpositionen, sowohl hier als auch an der Uni Passau. Wie schwer haben Sie sich von den dazugehörigen Statussymbolen getrennt?

Das Einzige, was ich wirklich vermisse, ist ein Dienstfahrzeug. Da bin ich wie Churchill, der irgendwann mal gesagt hat, das Interessanteste am Amt sei die „transportation“. Aber ansonsten hat mir das nicht wehgetan. Ich habe immer noch etwas gemacht, und da waren auch immer kluge Leute um mich herum.

Politiker haben sich immer gerne um Rat an Sie gewandt. Wie waren Ihre Erfahrungen mit den bayerischen Ministerpräsidenten?

Unter Goppel ist mir eine Stelle in der Staatskanzlei angeboten worden. Mit Strauß gab es Diskurse in Bonn. Weniger marginal! Stoiber war insofern ein hochinteressanter Gesprächspartner, weil er sachorientiert, innovationsfreundlich und diskussionsoffen gewesen ist. Er war jemand, der seine Leute aufgefordert hat, ihm zu widersprechen. Die haben tolle Konzepte entwickelt: Die ganze Privatisierung des Staatsbesitzes und solche Geschichten, die mitursächlich dafür sind, dass der Freistaat Bayern heute das Bundesland ist, das alle anderen über den Finanzausgleich unterstützt. Beckstein war sehr sachlich und offen orientiert. Mit Seehofer gab es keinen so intensiven Kontakt. Ich glaube, dass er mehr von seiner Position überzeugt war, als es Stoiber war, aber er hat durchaus auch auf andere gehört. Jedenfalls habe ich nach tiefem Dissens zwischen uns das Amerikahaus gerettet, das er ursprünglich der acatech übereignen wollte. Söder kenne ich aus den Zeiten, zu denen er noch nicht Ministerpräsident war, und da war es immer ein bisschen schwierig, mit ihm ins Gespräch zu

kommen. Ich weiß, dass er zu denen gehört, die mit meinen Analysen nicht immer sehr einverstanden gewesen sind. Aber auch er hat mir zum Geburtstag gratuliert und drunter schreibt er: „Kommen Sie doch mal wieder zu einer Tasse Kaffee vorbei.“ Ich werde versuchen, das zu realisieren, und dann werde ich sehen, ob das Gespräch für zwei Tassen reicht.

Ein Projekt, das Sie bis jetzt beschäftigt hat und das Ihnen auch sehr wichtig war, ist die Herausgabe des Staatslexikons der Görres-Gesellschaft.

Die Tradition des Staatslexikons geht ins Jahr 1889 zurück. Sie gründet im Kulturkampf, im berechtigten Versuch der katholischen Intelligenz, ihrer Difizierung entgegenzutreten. Man kann aber in den Auflagen seither sehr deutlich sehen, dass sich das immer mehr ins Wissenschaftliche normalisiert hat. Unsere Priorität bei der achten und vollkommen neu gestalteten Auflage ist die wissenschaftliche Unfehlbarkeit und Kompetenz gewesen. Zu meinen Erinnerungen gehört, dass ein sozialetischer Artikel von einem sehr konservativen Sozialwissenschaftler geschrieben worden war mit sehr einseitigen Formulierungen. Ich habe ein bisschen redigiert und präzisiert, ohne die Aussage zu verändern. Am Ende bedankte sich der Autor und fügte an, der Artikel habe durch meine Eingriffe gewonnen. Sehen Sie, das sind dann so Lebenserfahrungen. Ansonsten sieht man in der Fortsetzung des Werks, wie sich in diesen Auflagen die Zeitgeschichte spiegelt, wie neue Probleme, die auf ein politisches und gesellschaftliches System zukommen, wissenschaftliche Aussagen provozieren und auch verändern.

Diese achte Neuauflage ist jetzt an der Uni Passau zu einem guten Ende gekommen.

Das erinnert mich dran, dass ich den Artikel „Triage“ 14 Tage vor Drucklegung noch bestellt und geliefert bekommen habe. Zeitumstände sind manchmal provozierend und man muss sich anstrengen, ihnen gerecht zu werden. Wir hätten den letzten Band schon Ende des letzten Jahres auf den Markt gebracht, sind aber an Corona gescheitert. Es gab nämlich keinen Pappendeckel, um den Schubert für das fertiggedruckte Werk zu produzieren.

Ihr Name ist auch verbunden mit der Journalistenausbildung, die Sie mit der Passauer Neuen Presse auf den Weg gebracht haben.

Ich habe ja selber mit dem Beruf des Journalisten geliebäugelt und hatte auch gleichzeitig mit der Bewerbung an die FU Berlin ein Angebot der FAZ. Später in Passau war Herr Diekmann [Axel Diekmann, Verleger der PNP, Anm. d. Red.] sehr offen für Neuerungen und hat gesehen, dass man im Journalismus nicht so

weitermachen konnte wie bisher. Dann habe ich gemeinsam mit meinem damaligen Assistenten Schröder [Michael Schröder, später Dozent an der Akademie, Anm. d. Red.] einen Entwurf zur Gründung eines Instituts für Journalistenausbildung gemacht – vor gut 30 Jahren. Das Institut hätte ein bisschen theoretischer arbeiten sollen, als es das gegenwärtig tut. In einem relativ strengen Auswahlverfahren nehmen wir jährlich sechs bis sieben junge Leute unabhängig von ihrer Studienrichtung in dieses Stipendium auf. Während des Semesters studieren sie, und in den Semesterferien arbeiten sie in der Zeitung mit. Mittlerweile sind zwei von denen in der Chefredaktion angesiedelt und sehr viele sind bundesweit verstreut. Die Leute sind gut ausgebildet und gehen überall hin in gute Positionen. Am wenigsten von denen hat eigentlich die Passauer Neue Presse. Aber sie hält an dem Modell fest.

Wie halten Sie es eigentlich mit den Social Media?

Ich bewege mich nicht in Fake...in Facebook, nicht in TikTok, nicht in Twitter. Ich benutze mein Tablet, aber nicht als derartiges Kommunikationsinstrument. Vielleicht sollte man es tun, um zur Rationalität beizutragen. Wenn ich mir überlege, was ich gegenwärtig in der öffentlichen Meinung vorfinde, bin ich fast der Überzeugung, es ist uns über Jahrzehnte bestenfalls gelungen, durch politische Bildung eine Minderheit zu erreichen. Man kann dem Freistaat Bayern nur wünschen, dass er diese Akademie, eine einmalige Institution, erhält und einen Beitrag dazu leistet, dass diese Minderheit stabil bleibt – auch wenn diese Minderheit nicht mehr bereit ist, der CSU absolute Mehrheiten zu bescheren.

Unser Gespräch über das Leben geht allmählich zu Ende. Würden Sie Ihr Leben wieder so leben wollen, wie sie es gelebt haben?

Was ich etwas verändern sollte, wenn ich mein Leben neu starten würde: Mir wäre es wichtig, ein bisschen mehr Zeit für die Familie zu haben. Vielleicht hätte man die eine oder andere Entscheidung anders treffen können – auch in Dresden gab es schöne Wohnhäuser. Aber unser Sohn hat immer gesagt, geht ihr wohin ihr wollt, ich bleibe in Passau.

Gibt es noch etwas, was Sie gerne tun würden, was Sie noch nicht getan haben bisher?

Fußball-Profi wollte ich jetzt nicht mehr werden! In meinem Hirn laufen noch drei oder vier Bücher herum, von denen ich aber ziemlich sicher bin, dass ich bestenfalls noch eines schaffe.

Ich danke Ihnen vielmals für das Gespräch, lieber Professor Oberreuter.



Servus Christine Friedrich

Unsere Hauswirtschaftsleiterin geht nach 31 Jahren in den Ruhestand

Nach 31 Jahren an der Spitze der Hauswirtschaft hat die Akademie für Politische Bildung Christine Friedrich in den Ruhestand verabschiedet. Sie führte seit 1991 die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bereichen Küche, Service und Reinigung. Mit ihr verlässt Simone Zschiegner die Akademie, die 15 Jahre die Buchhaltung verantwortete und zuletzt stellvertretende Vorsitzende des Personalrats war.

Als Christine Friedrich die Leitung der Hauswirtschaft der Akademie für Politische Bildung in Tutzing übernahm, zerfiel gerade die Sowjetunion, Helmut Kohl war Bundeskanzler des frisch wiedervereinigten Deutschlands und Manfred Hättich, der Vor-Vorgänger von Ursula Münch, leitete als zweiter Direktor die Akademie. Am 1. September 1991 war das. Andere im heutigen Akademie-Team waren da noch nicht einmal geboren. Seitdem hat Friedrich mit ihrem Team, dem in den vergangenen 31 Jahren über 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angehörten, für Tausende Tagungsgäste Zimmer und Mahlzeiten vorbereitet und



Christine Friedrich erhält einen Blumenstrauß und...
© RITTERBACH CIURÓ (APB)

„Ohne Sie und Ihre Flexibilität, liebe Frau Friedrich, wäre sehr vieles hier in der Akademie nicht möglich gewesen“, betonte die Direktorin in ihren Abschiedsworten. Als die Hauswirtschaftsleiterin ihre Stelle antrat, waren Wochenendtagungen in der Akademie eher die Ausnahme und auch unter der Woche waren die Kapazitäten des Hauses nicht immer ausgelastet. Inzwischen veranstaltet die Akademie in Tutzing jährlich mehr als 180 Tagungen und ist an zwei Dritteln der Wochenenden geöffnet. Mit der Einweihung des Auditoriums 2011 entdeckten die Tagungsleiterinnen und Tagungsleiter dessen Foyer als Ort für Empfänge und Ausstellungseröffnungen. „Vor allem aber entdeckten wir, dass Frau Friedrich bei jeder neuen Idee für eine Veranstaltung zunächst zwar sorgenvoll blickte, dann aber fast immer sagte: ‚Das wird schwierig, aber wir bekommen es hin‘“, erzählt Ursula Münch.

Das lag daran, dass Christine Friedrich immer bereit war, Höchstleistungen zu erbringen und auch ihrem Team in der Küche, im Service und in der Reinigung viel abverlangte. Gleichzeitig ist sie unter den Kolleginnen und Kollegen für ihre Fürsorge bekannt. In den vergangenen Jahrzehnten hat sie Alleinstehende zum Arzt begleitet, mit dem Ausländeramt verhandelt, wenn es Schwierigkeiten mit der Aufenthaltsgenehmigung gab, und nach einer neuen Bleibe gesucht, wenn jemand aus seiner Wohnung raus musste.

Christine Friedrich übergibt ein eingespieltes Team

Außerdem ist Christine Friedrich etwas gelungen, das Angela Merkel in ihrer langen Amtszeit nicht geschafft hat, wie Akademiedirektorin Ursula Münch



...ein Kochbuch, das die Belegschaft für sie mit eigenen Rezepten zusammengestellt hält.

die Feste und Empfänge der Akademie bewirbt. Nun haben Akademiedirektorin Ursula Münch und die Kolleginnen und Kollegen die Hauswirtschaftsleiterin in den Ruhestand verabschiedet.

betonte: Sie hat mit Renate Brunner, die im Januar die Leitung der Hauswirtschaft übernimmt, eine fähige Nachfolgerin aufgebaut. „Sie übergeben eine bestens geordnete Hauswirtschaft, ein sehr fähiges Team mit hoher Leistungsbereitschaft, Verantwortung und viel Zusammenhalt. Darauf dürfen und sollen Sie stolz sein“, sagte Münch. Dieses Team werde ihr fehlen, gibt Friedrich zu. Besonders werden ihr die gemeinsamen Pausen in Erinnerung bleiben, in denen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund auch aus ihren Heimatländern erzählt haben. „Das war eine große Bereicherung für mich“, sagt Friedrich.

Im Ruhestand freut sie sich darauf, erst einmal nichts zu tun und dann zu überlegen, womit sie sich in Zukunft noch beschäftigen möchte. „Vielleicht öfter mit Freunden essen gehen. Noch ist es so, dass ich das kaum genießen kann, weil ich immer an die viele Arbeit für das Personal denke. Ich hoffe, das ändert sich irgendwann“, erzählt sie lachend. Bis es soweit ist, kann sie auch zu Hause neue Gerichte ausprobieren. Die Kolleginnen und Kollegen haben ihr zum Abschied ein Kochbuch mit den eigenen Lieblingsrezepten geschenkt.

Simone Zschiegner verabschiedet sich nach 15 Jahren aus der Akademie

Zusammen mit Christine Friedrich hat die Akademie Simone Zschiegner verabschiedet. Sie war in den vergangenen 15 Jahren für die Buchhaltung verantwortlich, leitete mehrere Jahre das Sekretariat der Direktorin und war zuletzt stellvertretende Vorsitzende des Personalrats.



Beate Winterer



Simone Zschiegner feiert mit vielen Anwesenden und gemeinsam mit C. Friedrich ihren Abschied.



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Kollegium

Laura Martena, M.A. hat am Philosophischen Seminar der Eberhard Karls Universität Tübingen einen Vortrag gehalten zu „Zwischen Elfenbeinturm und Marktplatz: Zur Konzeption und Didaktik einer öffentlichen Philosophie“.

Dr. Gero Kellermann nahm an der 37. Vollversammlung des Wertebündnis Bayern in München und am Landeskongress der Deutschen Polizeigewerkschaft, Landesverband Bayern, zum Thema „Polizei neu denken“ in Garching teil.

Dr. Giulia Mennillo hielt im Rahmen des „Corporate Transformation Day“ vom Bundesverband Mergers & Acquisitions e.V. einen Vortrag über die politische Gestaltung des industriellen Wandels. Darüber hinaus nahm sie im Bereich „Global Economics & Politics“ einen externen Lehrauftrag an, von der Campus M University, das mobile Studienprogramm der Hochschule Mittweida.

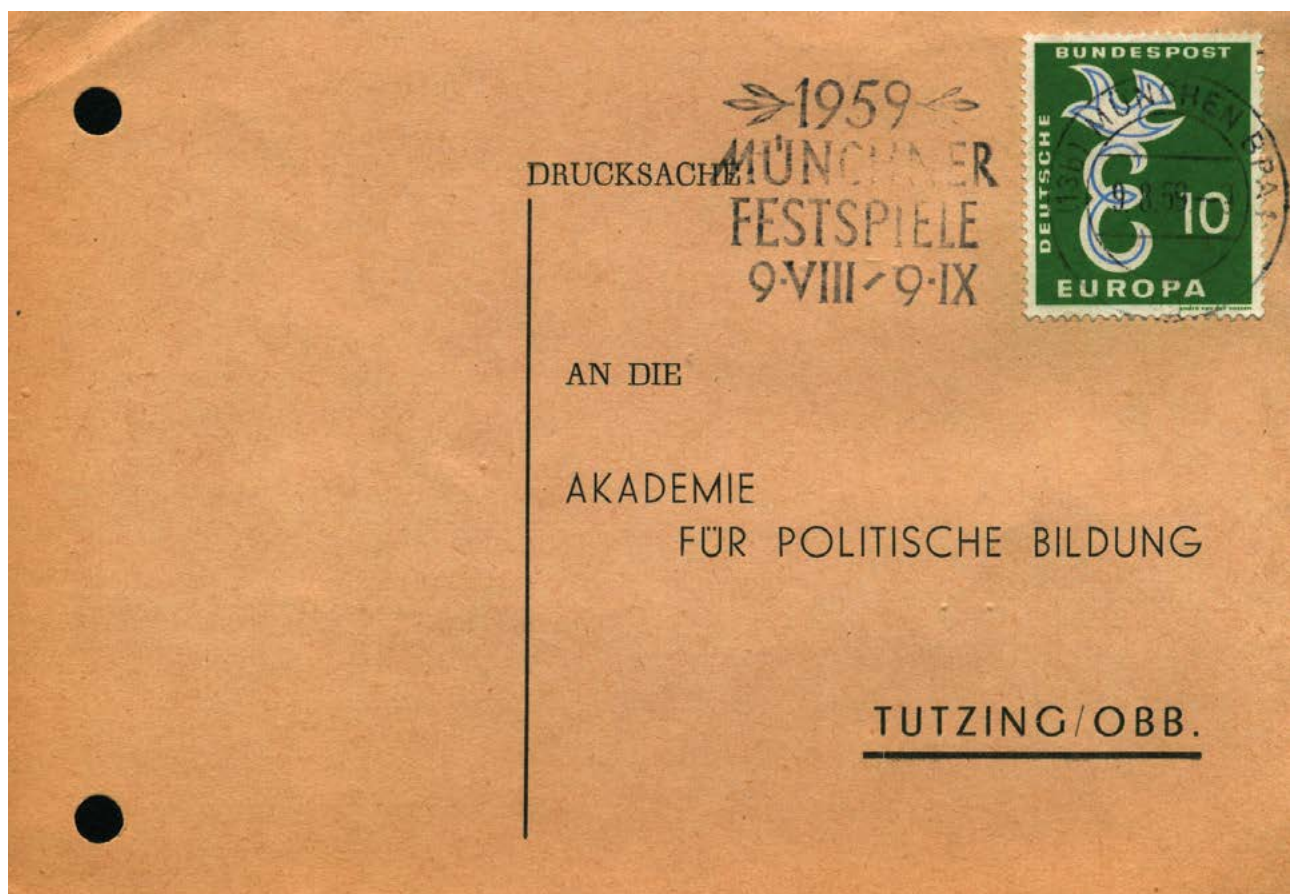
Dr. Andreas Kalina hielt an der TUM School of Engineering and Design der Technischen Universität München eine Vorlesung zum Thema „Auslaufmodell Demokratie? Regieren in Zeiten globaler Umbrüche und Unsicherheiten“.

Dr. Kinza Khan hat an der Katholischen Stiftungshochschule München in Benediktbeuern einen Vortrag gehalten zu „Propaganda, Narrative und Frames im Russland-Ukraine-Krieg“. Ferner hat sie an der Hochschule Landshut den Kurs „Medienphilosophie und Mediensoziologie“ geleitet.

Dr. Michael Mayer diskutierte mit der Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, und dem Leiter der Gedenkstätte des französischen Internierungslagers Les Milles, Alain Chouraqui, über die Erinnerungspolitik an die Geschichte von Nationalsozialismus und Vichy-Frankreich.

Die erste „Europa-Tagung“ der Akademie – inmitten der (zweiten) Berlin-Krise

Begeben wir uns gemeinsam auf eine kurze Zeitreise in die späten 1950er Jahre: In seiner Regierungserklärung vom 17. Januar 1956 vor dem Bayerischen Landtag unterstreicht der Bayerische Ministerpräsident Wilhelm Hoegner die Entschlossenheit zur Errichtung von Einrichtungen der politischen Bildung. Am 12. April 1956 wird der Gesetzentwurf über „die Errichtung einer Akademie für Politische Bildung“ (Akademiegesetz) durch die Fraktionen der SPD, der Bayernpartei, des Gesamtdeutschen Blocks/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten sowie der FDP (sogenannte „Viererkoalition“) eingebracht. Nach intensiven parlamentarischen Beratungen wird das Akademiegesetz in der 100. Sitzung des Bayerischen Landtags am 17. Mai 1957 beschlossen. Die Ausfertigung durch Ministerpräsident Hoegner datiert vom 27. Mai 1957. Am 1. Oktober 1958 nimmt die Akademie unter ihrem Gründungsdirektor Felix Messerschmid (1904–1981) in dem seit Juni 1938 im Eigentum der LVA Oberbayern stehenden Anwesen „Haus Buchensee“ in Tutzing ihre Tätigkeit auf. »



Vormalige Anmeldekarte für Akademietagungen

© Archiv (APB)

Der Nachrichtenticker spuckt für die Jahre 1958 und 1959 unter anderem folgende (europa- und deutschland-)politisch bedeutsamen Kurzmeldungen aus:

- 01.01.1958: Die „Römischen Verträge“ über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) treten in Kraft.
- 19.–21.03.1958: Konstituierende Sitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg als gemeinsames Organ von Montanunion, EWG und EURATOM.
- 10.11.1958: Der sowjetische Partei- und Regierungschef Nikita S. Chruschtschow (1894–1971) fordert auf einer Kundgebung in Moskau die Revision des Potsdamer Abkommens und kündigt an, die Sowjetunion werde ihren Teil der Kontrolle über Berlin an die DDR übertragen. Damit löst Chruschtschow die sogenannte „Berlin-Krise“ aus.
- 31.12.1958: Die USA, Großbritannien und Frankreich protestieren in gleichlautenden Noten an die UdSSR gegen das „Berlin-Ultimatum“ Chruschtschows vom 27. November. Das Statut der Stadt soll nur im Zusammenhang mit der Deutschlandfrage erörtert werden.
- 23.01.1959: Walter Ulbricht (1893–1973), Vorsitzender des Zentralkomitees der DDR-SED, erneuert den Vorschlag einer Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten.
- 18.03.1959: Die SPD verkündet einen Deutschlandplan, der einen Vorschlag zur Schaffung einer entmilitarisierten, atomwaffenfreien „Entspannungszone“ in Mitteleuropa vorsieht.
- 19.03.1959: In einer Presseerklärung erkennt der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow die Berlin-Rechte der früheren westalliierten Besatzungsmächte an und nimmt das Berlin-Ultimatum von 1958 zurück.
- 08.04.1959: DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl (1894–1964) bietet Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876–1967) Vorverhandlungen über einen Friedensvertrag an.
- 11.05.–20.06.1959: Deutschlandkonferenz der Außenminister der „Vier Mächte“ (USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich) in Genf. Die Bundesrepublik und die DDR entsenden lediglich Beobachterdelegationen. Nach einer Vertagung wird die Konferenz am 13. Juli fortgesetzt und erfolglos am 5. August beendet.
- 19.06.1959: Übermittlung des Entwurfs eines deutsch-deutschen Nichtangriffspaktes an Bundesaußenminister Heinrich von Brentano (1904–1964) und die anderen Konferenzdelegationen in Genf durch DDR-Außenminister Lothar Bolz (1903–1986).

- 26.–27.08.1959: Als erster US-Präsident besucht Dwight D. „Ike“ Eisenhower (1890–1969) die Bundesrepublik. Dabei bekräftigt er die Garantie der westlichen Verbündeten zum Schutz West-Berlins.

[Quelle: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: bit.ly/Lemo_Jahreschronik]



Erste „Europa-Tagung“ in der Akademie

Just in diese politisch hochbrisante Zeit der sogenannten „Zweiten Berlin-Krise“ (1958–1962) fällt die Studienkonferenz „Europa – vom Menschen her gesehen“, die vom 24. bis zum 28. August 1959 ein buntgefächertes Fachpublikum in Tutzing zusammenführte.

Diese erste Europa-Tagung der Akademie setzte sich zum Ziel, in Vorträgen und offenen Gesprächen einen Überblick über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Struktur Europas, über die Grundkräfte der einheitlichen Geschichte, über die menschlichen Aspekte des europäischen Zusammenschlusses sowie über Probleme der europäischen Gegenwarts politik zu erarbeiten. Ein überaus instruktives Programm – insbesondere im Angesicht der akuten politischen Ereignisse.

Es wird „die Sinnfrage“ gestellt

Ganz bewusst hatte man sich auf Themen fokussiert, die im Zusammenhang mit der spannungsgeladenen Tagespolitik jener Zeit nicht immer gebührende Aufmerksamkeit fanden. Es sollte also weniger um die wirtschaftlichen und politischen Institutionen gehen, die die Völker Europas gesellschaftlich und staatlich zusammenführen sollten, als vielmehr um den grundlegenden menschlichen und gesellschaftlichen Sinn von Europapolitik und europäischen Einigungsbemühungen. Im Hinblick darauf sollten auch die europäische Menschenidee und die von ihr abhängigen Menschenbilder und Erziehungsziele der europäischen Völker und Volksgruppen in der Tagung zur Sprache kommen.

Im damaligen Einladungstext heißt es programmatisch: „Der Zusammenschluss Europas ist eines der bewegenden Themen der Gegenwart. In unserer Zeit wurde der jahrhundertealte Gedanke einer europäischen Föderation erstmals Gegenstand der Realpolitik. Parteien und Regierungen bekennen sich zu diesem Ziel, und eine ganze Reihe europäischer Einrichtungen bemühen sich, die Völker unseres Kontinents gesellschaftlich und staatlich zusammenzuführen. Immer wieder tauchen neue Probleme auf, immer wieder versucht man, ihrer Herr zu werden. Aber sie sind nicht, wie man angesichts der Tagespolitik vielleicht meinen möchte, nur technischer Art. Wenn man ‚technisch‘ diskutiert – besteht dann nicht die Gefahr, dass die wirtschaftliche

und politische Konstruktion zum Selbstzweck wird? Die Einigung Europas ist nicht um der Institutionen Willen sinnvoll, sondern sofern sie dem Europäer wirklich dazu verhilft, sein Leben menschenwürdiger zu führen. Politische Taktik und ökonomisches Kalkül haben dem Menschen und seinem Dasein zu dienen. Das gilt auch für das Programm und die Doktrin. Europas Einigung darf nicht Ideologie werden. Mit einem verzerrten Bild von dem, was Europa physisch und geistig ist, redet und handelt man an seiner Wirklichkeit vorbei.“

Fragestellung von brennender Aktualität


Es wurde also in Tutzing danach gefragt, was Europa physisch und geistig war, ist und werden kann, und welche Konsequenzen einer sinnvollen, den Menschen dien- und förderlichen Europapolitik daraus erwachsen. Eine Fragestellung die auch heute – insbesondere angesichts neuer Nationalismen und des verabscheuungswürdigen Angriffskrieges gegen die Ukraine – nicht an Aktualität verloren hat.

Unterstellte man, dass der höchste Sinn von Politik darin bestünde, den Menschen zu einem würdig(er)en Dasein zu verhelfen, so fiel die Bilanz mehr als sechzig Jahre nach dieser Akademietagung – auch, aber erst recht nicht nur für Europa – wohl eher ernüchternd aus.

Entgegen der bisherigen Gepflogenheiten der noch jungen Akademie war diese Studientagung frei ausgeschrieben worden, d.h. es war zunächst nicht abzusehen, wie der endgültige Teilnehmerkreis beschaffen sein würde. Einladungen ergingen an „alle im öffentlichen Leben bedeutsamen Organisationen und Gruppen, soweit sie an politischer Bildung interessiert sind“ (u.a. Volkshochschulverbände, Parteien und Gewerkschaften, Studierendenverbände, Landsmannschaften sowie Gebietskörperschaften in Bayern), sowie an sonstige der Akademie nahestehenden Personen und Kreise. Außerdem wurden auch Vertreter der Europa-Verbände (u.a. Europa-Union, Junge Europäische Föderalisten) aus Bayern und aus anderen Bundeslän-

dern erwartet. Man hatte sich für die offene Form entschieden, um die Akademie und ihre Arbeit einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Sein einführendes Referat stellte der frisch bestellte Gründungsdirektor der Akademie Felix Messerschmid unter den Titel „Europas Geschichte: Einheit in Vielfalt“. Am darauffolgenden Dienstag sprach Univ.-Prof. Dr. Ludwig Neundörfer (Soziographisches Institut an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt a.M.) zum Thema „Europas gesellschaftliche Wirklichkeit“. Dabei wurden auch erste Ergebnisse aus seiner Arbeit am Soziographischen Atlas von Europa vorgestellt. Den Mittwoch teilten sich der Münchner Univ.-Prof. Dr. Friedrich Schneider („Europäertum im Spiegel der Menschenbildung“) sowie der im Paris und Mainz lehrende Prof. Dr. Richard Thieberger („Das deutsch-französische Problem in psychologischer Sicht“). Akademiedozent Dr. Heinrich Schneider beleuchtete am Donnerstag „Die europäische Integrationspolitik“. Im abschließenden Redebeitrag beschrieb der Freiburger Ordinarius für Wissenschaftliche Politik Univ.-Prof. Dr. Arnold Bergstraesser „Europas Aufgaben in der heutigen Welt“, und erörterte, was nun für Europa und die Europäer zu tun sei. Die Tagung endete nach einem zusammenfassenden Abschlussgespräch am Freitagabend. Aus der gewählten Tagungskonzeption geht hervor, dass der Aussprache im Plenum besonders breiter Raum eingeräumt wurde. Leider ist im Akademiearchiv nichts über den (inhaltlichen) Ertrag dieser Tagung überliefert.

Mit insgesamt 45 Übernachtungsgästen sowie einer Vielzahl von zusätzlichen Teilnehmern an einzelnen Programmpunkten hatte die Akademie ihre damaligen Kapazitäten vollends ausgereizt. Da für diese Tagung die dreifache Zahl von Anmeldungen eingegangen war, hatte man sich vorgenommen, ein oder zwei weitere Veranstaltungen zu dieser Fragestellung anzubieten. „Europa“ zählt seither zu den zentralen Schwerpunktthemen und wichtigen „Dauerbrennern“ innerhalb der Akademiearbeit. 

Steffen H. Elsner

Akademie-Report

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14 Internet: <https://www.apb-tutzing.de> E-Mail: a.kreitner@apb-tutzing.de

Redaktion: Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.), Dr. Kinza Khan, Antonia Kreitner, Silvia Haider (Redaktion und Gestaltung)

Layout-Konzept: Michael Berwanger Agentur Tausendblauwerk www.tausendblauwerk.de

Druck: Satz & Druck Molnar Blumenstraße 26 82407 Wielenbach

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben.



Publikationen

Auch seit der letzten Ausgabe des Akademie-Reports sind wieder Beiträge seitens der Direktorin und unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erschienen. Ausgewählte und einzelne Neuveröffentlichungen – sowohl innerhalb als auch außerhalb unserer Schriftenreihen und sonstigen Akademiepublikationen – dokumentieren wir an dieser Stelle.

Prof. Dr. Ursula Münch

Beitrag in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

- Forschungsagenda Föderalismus und Corona, in: Jahrbuch des Föderalismus 2022. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa, hrsg. vom Europäischen Zentrum für Föderalismusforschung, Baden-Baden (Nomos) 2022, S. 237–252.

Auch wenn die Pandemie in der Öffentlichkeit inzwischen durch die nächsten Krisen weitgehend verdrängt wurde, bleibt Corona ein zentrales Forschungsthema – auch für die Politikwissenschaft und die Föderalismusforschung. Diese muss sich unter anderem damit befassen, welche Aspekte der Pandemiebekämpfung in Bundesstaaten besser gemanagt wurden und welche weniger gut im Vergleich zu unitarischen Systemen.



Link: <https://www.nomos.de/alle-buecher/jahrbuch-des-foederalismus-2022/>



Dr. Moritz Fink

Beitrag in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

- „Cool“ Media Studies: McCloud, McLuhan, and the Popification of the Humanities, in: Inks. The Journal of the Comics Studies Society, 6. Jg. (3/2022), S. 250–261.

Es ist nicht nur die Ähnlichkeit in der Titelgebung, die eine Brücke zwischen Understanding Comics von Scott McCloud und Marshall McLuhans bekanntem Understanding Media von 1964 schlägt. In einem Sonderband der Fachzeitschrift Inks, erschienen anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der Veröffentlichung von Understanding Comics, beleuchtet der Artikel die Verbindungen zwischen den beiden medienwissenschaftlichen Meilensteinen und untersucht dabei das Paradigma der Doppelrolle von Medienwissenschaftler und Fan unter der Bezeichnung „cool“ media studies.



Link: <https://muse.jhu.edu/article/874350>



Dr. Kinza Khan

Monografie

- Maidan, Krim und Russland. Eine Medien-Frame-Analyse deutscher Print-Berichterstattung im Februar und März 2014, Baden-Baden (Nomos) 2022.

Maidan, Krim und Russland bilden 2014 einen Fokus der Berichterstattung, als Proteste vor allem in Kiew in eine Staatskrise münden und die Halbinsel Krim von Russland annektiert wird. Diese einschneidenden Ereignisse werden von Medien eingeordnet und in Sinnzusammenhänge eingebettet. Die vorliegende Medien-Frame-Analyse untersucht das Bild, das seinerzeit in den kommentierenden Texten der reichweitenstärksten deutschen Printmedien geprägt wurde. Sie begreift Meinung als über den Begriff des Frames in den Texten nachweisbar, den sie theoretisch daraus herleitet, wie Menschen mit (Eigen-)Kategorien die Welt verstehen und sortieren. Mit einer operationalisierbaren Definition des Begriffes Frame können so die Meinungsspektren nachgezeichnet werden. Angesichts der Lage ist das Thema nach wie vor hochaktuell.

Link: <https://www.nomos-shop.de/nomos/titel/maidan-krim-und-russland-id-109715/>



Beitrag in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

- Dependenz, Landkarte, Framing. Eine Medien-Frame-Analyse der kommentierenden Berichterstattung anhand der Maidan-/Krim-Krise 2014, in: *Communicatio Socialis* (ComSoc). Zeitschrift für Medienethik und Kommunikation in Religion und Gesellschaft, 55. Jg. (4/2022), S. 468–478.

Berichterstattung über und aus Kriegsregionen oder in eskalierenden Krisensituationen unterliegt starken Dependenz. Wie schnell sich als fundiert geglaubte Sichtweisen ändern können, hat nicht zuletzt die Zeit seit dem 24. Februar 2022 gezeigt, als Russland sein Nachbarland Ukraine angriff. Dieser Artikel versucht eine Annäherung

an die schwierige Arbeit von Krisenberichterstattenden und -kommentierenden, die ihrer Leserschaft solche Situationen von einem möglichst informierten Standpunkt aus erläutern sollen. Er bezieht sich dabei auf die Maidan-Proteste und die Krim-Krise 2014, deren Niederschlag in der deutschen kommentierenden Berichterstattung mittels einer Medien-Frame-Analyse untersucht wurde.

Link:

doi.org/10.5771/0010-3497-2022-4



Dr. Michael Mayer

Beitrag in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

- United Nations versus the Federal Agency. The Recognition of Asylum-Seekers in West German Camps, in: Gabriele Anderl / Linda Erker / Christoph Reinprecht (Hrsg.), *Internment Refugee Camps. Historical and Contemporary Perspectives*, Bielefeld (Transcript) 2022.

In diesem Beitrag thematisiert Mayer die Anerkennungspraxis von ausländischen Flüchtlingen im besetzten Deutschland ab 1945 durch die Vereinten Nationen bzw. ab 1953 durch die nun wieder für diese Personengruppe zuständigen Behörden der neu gegründeten Bundesrepublik.



Link: <https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-5927-6/internment-refugee-camps/>





Namen und Nachrichten aus der Akademie

Direktorin

Bei der Verleihung des „Otto-Kirchheimer-Preises“ an den Parteienforscher Professor Elmar Wiesendahl in Heilbronn hielt **Prof. Dr. Ursula Münch** die Laudatio auf den Preisträger, der zu den Strukturen und Herausforderungen der Volksparteien forscht. Anlässlich einer Partnerkonferenz der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung über „Deutsche Verteidigungspolitik als Leerstelle der politischen Bildung“ befasste sie sich mit der Frage, ob die politische Bildung sich intensiver mit verteidigungspolitischen Themen auseinandersetzen sollte. Vor dem Hausärzterverband Bayern referierte sie über die politischen Entscheidungsprozesse im Zuge der Pandemiebekämpfung. Bei einer Vortragsveranstaltung der Landshuter Zeitung, deren Verleger Professor Dr. Martin Balle auch Mitglied des Beirats der Akademie ist, begründete sie,

warum freiheitliche Demokratien in der Lage sind, Krisen zu bewältigen. Dieses Thema war auch Gegenstand der vom Verein „Bayerische Einigung/ Bayerische Volksstiftung“ veranstalteten Feier anlässlich des 76. Geburtstages der Bayerischen Verfassung, die am 1. Dezember 1946 in einer Volksabstimmung angenommen worden war. In einer Podiumsrunde wurde debattiert, ob die Bürgerinnen und Bürger bereit sind, ihre Freiheit und den Schutz der Menschenrechte höher zu stellen als ihren persönlichen Wohlstand. Und im Rahmen einer Veranstaltung der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) hatte Prof. Münch Gelegenheit, mit dem Ko-Vorsitzenden der SPD, Lars Klingbeil, sowie dem Chefredakteur des Bonner General-Anzeiger über die Zukunft der Sozialdemokratie zu diskutieren.

Tiefgang am See